

souverän

30 J A H R E
Senioren
Union CDU

Senioren-Union

30 Jahre und kein
bisschen leise

Folgt der Spur. Nicht der Masse.



ÜBERZEUGT. VON ANFANG AN.
Der neue T-Roc mit dem Spurhalteassistenten „Lane Assist“.

Der neue T-Roc geht seinen eigenen Weg – und von dem lässt er sich nicht so leicht abbringen. Unter anderem dank des serienmäßigen Spurhalteassistenten „Lane Assist“. Dieser unterstützt den Fahrer, falls er ein Abweichen von der Spur registriert, und kann so helfen, Unfälle zu vermeiden.¹⁾

Wir bringen die Zukunft in Serie.



Volkswagen

1) Im Rahmen der Grenzen des Systems. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhofstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und -Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Prof. Dr. Jürgen M. Bauer, Paul
Marks, Prof. Dr. Wolfgang Merbach,
Reinhold Michels, Dr. Markus Pieper,
Thomas Rachel, Ulrich Winz, Dr.
Peter Witterauf, Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Adobe Stock/fotolia, Petersburger
Dialog, Marco Urban, presser-
service/Steponaitis, Birgitta Marius,
fotolia, Jan Peter Luther

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



6 30 Jahre und kein bisschen leise
Impressionen aus drei Jahrzehnten politischer Arbeit der Senioren-Union, die sich in dieser Zeit zu einer wichtigen Stimme in Politik und Gesellschaft gemauert hat.

12 Trippelschritte helfen mehr als Stammtischdebatten
Ein Plädoyer für mehr europäischen Mehrwert und gegen theoretische Vertiefungsdebatten von Dr. Markus Pieper MdEP

14 Moralische Großmüligkeit
Vom vorschnellen sprachlichen Umgang linker Milieus mit dem Stempel Rechtspopulismus

16 Der Zivilgesellschaft mehr Platz im Dialog geben
Immer noch ist das deutsch-russische Verhältnis tief gestört. Ronald Pofalla, Vorsitzender des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite, über den Stand der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit.

18 Invasion der Jobräuber?
Die intelligenten Maschinen der vierten industriellen Revolution könnten sich verheerend auf die Beschäftigung auswirken. Kann Politik gegensteuern?

22 Bedingungsloses Grundeinkommen? Ein Holzweg!
Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle wäre die Abkehr vom bewährten Strukturprinzip des deutschen Sozialstaats.

24 Glyphosat – ein Risiko?
Landwirte und Verbraucher sind verunsichert. Eine nüchterne Abschätzung von Vorteilen und Risiken tut not.

28 Gesund älter werden
Viele gesunde Lebensjahre ermöglichen – das ist das Ziel der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Gesundheitsforschung. Ein Beitrag von Thomas Rachel, dem parlamentarischen Staatssekretär im BMBF

30 Geriatrie – warum es ein eigenes Fach braucht
Brauchen wir ein eigenes medizinisches Fach, das sich speziell dem älteren Menschen und seinen besonderen Einschränkungen widmet?

32 Rente allein macht nicht glücklich
Auch Einsamkeit ist eine Form der Altersarmut. Souverän sprach darüber mit Professor Francois Höpfinger von der Universität Zürich.

18



32



- 36 Aus der Senioren-Union
- 38 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 39 Leserbrief

*Ich habe die Freude Sie kennen
zu lassen und Ihnen viel Freude
zu wünschen.*

W

enn Sie diese Zeilen lesen, so sollen Sie wissen, dass der Text aus drucktechnischen Gründen bereits vor dem Mitgliedervotum der SPD zu dem von der CDU/CSU und der SPD vereinbarten Koalitionsvertrag geschrieben werden musste. Doch unabhängig vom Ergebnis der Mitgliederentscheidung der Sozialdemokraten bleibt doch die Frage erlaubt, ob die vom Volk gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die nach der Verfassung „Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind, sich entgegen solchen Verfassungsgeboten Parteitags- oder Mitgliederentscheidungen unterzuordnen haben. Natürlich brauchen sie es nach der Verfassung nicht. Wenn sie es aber freiwillig tun und der SPD-Basis die Möglichkeit einräumen, faktisch ihre Abgeordnetenrechte zu übernehmen und diese Praxis zukünftig zu einer Regel bei der Regierungsbildung führt, dann gerät unser Land in Unordnung und stellt unser demokratisches System infrage.

Wenn vom Volk unmittelbar gewählte Abgeordnete trotz verfassungsrechtlich garantierter Unabhängigkeit nicht von sich selbst überzeugt sind und eine von ihnen persönlich geforderte Entscheidung den Mitgliedern ihrer Partei überlassen, von denen nicht einmal alle zur Bundestagswahl wahlberechtigt waren – sei es, dass sie über keinen deutschen Pass verfügen oder noch minderjährig sind –, dann können solche Mandatsträger auch selbst nicht andere überzeugen. Es ist ein Armutszeugnis für die Demokratie und ein Missbrauch demokratischen Verhaltens, wenn Abgeordnete des Bundestages, des höchsten demokratischen Gremiums unserer Republik, für alle sichtbar das ihnen von den Wählerinnen und Wählern

übertragene Vertrauen an vom Volk nicht gewählte Parteigenossen weiterleiten. Wer so handelt und seine Fähigkeiten verweigert, macht sich zu Recht suspekt, weil er seine Wählerinnen und Wähler im Stich lässt, die ihm ihr Vertrauen geschenkt haben. Warum und wofür haben sie ihn überhaupt gewählt? Wo bleibt das Versprechen eines Politikers, sei er jung oder alt, sich gefälligst darum zu bemühen, zunächst selbst und als Allererster für die Menschen da zu sein und die Verhältnisse, in denen sie leben, zum Besseren zu wenden, und zwar auch mit der gebotenen Leidenschaft. Die Wähler haben schließlich nicht einen anonymen Vertreter gewählt. Zuverlässigkeit und Vertrauen, Redlichkeit und Verantwortung sind es, die man von ihnen erwartet und die man den Bürgerinnen und Bürgern im Land schuldet. Sie sind Merkmale der eigenen Persönlichkeit, die nicht an der Garderobe vor den Abstimmungskabinen für Parteimitglieder abgegeben werden. Wenn die Abgeordneten der SPD, der ältesten demokratischen Partei unseres Vaterlandes, deren große demokratische Vergangenheit unbestritten ist, die mit der CDU/CSU getroffene Koalitionsvereinbarung von der Zustimmung einer Mitgliederbefragung abhängig machen, dann betreiben sie ein makabres Spiel. Natürlich brauchen Abgeordnete zusätzlich Fachleute und kritische Begleiter bei den Beratungen, das ist doch unbestritten und selbstverständlich. Und ebenso natürlich ist es auch, durch deklamatorische Zustimmungsakte von Parteigremien eine Vereinbarung in besonderer Weise zu unterstützen und hervorzuheben, und natürlich sind Mitgliederbefragungen sinnvoll und wünschenswert. Allein Vereinbarungen, deren Gültigkeit nur das Parlament und seine Abgeordneten beschließen können, in deren Mittelpunkt Regierungsbildung und die Umsetzung von

Regierungsprogrammen stehen, können und dürfen nicht in die Hand von Parteigremien zur endgültigen Billigung verlegt werden und damit die Entscheidung der Parlamentarier vorwegnehmen. Abgeordnete sind es, die letztlich die Verantwortung für Parlamentsentscheidungen tragen und dafür auch den Wählerinnen und Wählern verantwortlich sind, die Mitglieder einer Partei sind es nicht! Deren Auftrag ist es, die Kandidaten aufzustellen, die Wahlentscheidung trifft allein der Wähler, sonst niemand. In welcher Welt leben wir eigentlich, wenn Parteientscheidungen quasi Parlamentsentscheidungen ersetzen sollen mit der ebenso billigen wie fadenscheinigen Begründung von Volks- und Bürgernähe. Was heißt ein solcher Unfug im Klartext unserer Verfassung? Es ist schon schlimm genug, dass die FDP bei den „Jamaika-Verhandlungen“ der Zukunft ihrer Partei mehr Bedeutung schenkte als dem Wohl unseres Landes. So etwas macht nachdenklich, sehr sogar!

Umso mehr müssen die Abgeordneten der Union Farbe bekennen. Klugheit, Überzeugungskraft und auch Patriotismus sind gefragt und die Aussage, warum man die neue Regierung, so sie überhaupt noch zustande kommt, tragen will. Und nicht weniger hat für sie zu gelten, wenn sie jene neuen politischen Felder bestellen wollen, die sich in Zukunft immer mehr in einem geradezu dramatischen Umfang vor uns allen ausbreiten. Gewiss sind Themen wie Klimaschutz und Rentenniveau, Arzthonorare und Krankenversicherungen, Pflege und Gesundheit, Bildung und Sicherheit, Geldstabilität und Armutsrisiko, um nur einige zu nennen, ungemein wichtige Politikbereiche, sich ihrer erfolgreich anzunehmen, das verlangt doch jeder. Unser Land braucht in Zukunft aber noch mehr, viel mehr. Wir brauchen neue Ideen, um in

einer sich geradezu revolutionär wandelnden Gesellschaft neue Lösungen zu finden, wie wir künftig mit künstlicher Intelligenz, Robotern oder Algorithmen umgehen werden, die ein Großteil unserer bisherigen Arbeit übernehmen. Alle noch so gut gemeinten wie intensiv geführten Diskussionen und erfolgreich gefassten Beschlüsse über Soziales dürfen in einer globalisierten Welt nicht dazu führen, neue, notwendige Gedanken über Amerika, China, Indien, Russland und auch Afrika einfach auszuklinken, vom weltumspannenden Radikalismus ganz zu schweigen. Wer solche immensen Herausforderungen übersieht und nur vorwiegend innenpolitische Themen vor Augen hat und diese allein in sein politisches Spektrum rückt, den führt der Weg ins Ungewisse mit großen Gefahren.

Wenn beispielsweise in der deutschen Kommunikationstechnik von 200.000 Stellen Mitte der Neunzigerjahre heute nur noch 20.000 übrig geblieben sind und solche Entwicklungen sich demnächst auf andere Branchen auszubreiten drohen, dann brauchen wir jetzt und heute im besonderen Maße eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen. Wir müssen uns bemühen, ihnen zu zeigen, wie wir der Probleme Herr werden und ihnen erklären, warum ihre zunehmende Sorge vor massenhaft wegfallenden Arbeitsplätzen unbegründet ist. Zuweilen habe ich den Eindruck, dass die ältere Generation in Erinnerung früherer Jahre mehr Mut und Ausdauer bei der Lösung schwieriger Fragen an den Tag legt, als so manche in Talkshows gefeierten Dauergäste, deren Prognosen vorwiegend von Trübsal, Armutsfalle und Existenzverlust bestimmt sind, deren Diskurs aber immer noch dazu reicht, ihre Bücher anzupreisen oder Zeit und Ort ihrer zukünftigen Auftritte einem großen Publikum anzukündigen.

Natürlich wissen wir, dass in absehbarer Zeit sich nahezu jeder zweite Job verändert, aber nicht zwangsläufig wegfällt. Wenn viele Tätigkeiten überflüssig werden, dann werden auch wieder neue entstehen. Es wird sicher weniger Menschen geben, die Maschinen bedienen, aber es wird auch mehr Menschen geben, die neue Maschinen erfinden und reparieren können. Zu Recht forderte kürzlich der NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff von der Politik, die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft aktiver und wesentlich nachdrücklicher voranzutreiben als bisher. Eine „digitale Bildungsagenda“ müsse die Menschen auf die neue Arbeitswelt vorbereiten. Warum wohl hat der Verfasser dieser Zeilen in den Koalitionsverhandlungen namens der Senioren-Union mit dazu beigetragen, dass insbesondere die Weiterbildung im Rahmen der Digitalisierung für die Älteren unverzichtbar ist. In der Tat, für die Union eine ebenso wichtige wie interessante und auch ergiebige Aufgabe. Bekanntlich soll das für diese Fragen zuständige Ministerium der Union zufallen, hier wenigstens noch einmal Glück gehabt, liebe Freundinnen und Freunde der Union, auf denn, Flagge zeigen!

Und schließlich würde ich mir wünschen, dass mit all den vor uns liegenden Aufgaben auch endlich wieder mehr Optimismus unsere Politik begleitet. Den Pessimismus wollen wir rückwärtsgewandten Sozialisten und den Apologeten der AfD überlassen. Beide Richtungen haben in der Vergangenheit versagt, totaler geht's nimmer. In Kassandrarufen sind sie in der Tat wahre Meister, doch in Wirklichkeit spielen sie in der Politik jene Rolle, die man schon seit der Antike der Xanthippe überlässt. Das müssen wir leider ertragen, c'est la vie! Im Übrigen, liebe Unionsfreundinnen und -freunde, keine Verzagtheit bitte, mehr Vertrauen in die Zukunft, wir schaffen das!



Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands



2006 Vielbeachteter Auftritt auf dem CDU-Bundesparteitag



2016 Die Kanzlerin auf der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in Magdeburg



30 Jahre Senioren-Union

/ 30 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands wurde am 20. April 1988 in Bonn als achte Vereinigung der CDU Deutschlands gegründet. Seitdem hat sie sich zu einer wichtigen Stimme der älteren Generation in Politik und Gesellschaft gemauert.

„Ältere Menschen wollen heute eingebunden sein. Sie wollen mitwirken und mitgestalten und dafür die Anerkennung finden, die sie verdienen“, sagte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bei seiner Eröffnungsrede zur Gründungsversammlung 1988 im Konrad-Adenauer-Haus. Damit traf er den Nerv einer Generation nicht nur in seiner Partei. Denn heute – nach 30 Jahren ihres Bestehens – bekennen sich 54.000 zahlende Mitglieder in knapp 360 Kreisverbänden zur Senioren-Union, davon rund 35 Prozent, die nicht gleichzeitig der CDU angehören. Diese Menschen engagieren sich nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern wirken in ihren Kreis- und Ortsvereinigungen rund ums Jahr als Multiplikatoren für wichtige politische und gesellschaftliche Themen. Gleichzeitig stehen aber auch Spaß, gemeinsame Ausflüge und gemütliches Beisammensein auf der Tages-

ordnung. Wer Mitglied in der Senioren-Union ist, braucht kein Ministerium für Einsamkeit, wie es die britische Premierministerin Theresa May im Januar dieses Jahres offiziell ins Leben rief. Die Senioren-Union bietet demgegenüber einen Treffpunkt Gleichgesinnter und Altersgenossen mit der Möglichkeit zur Teilhabe an den vielfältigsten Aktivitäten.

Und das alles begann so: Schon im Rahmen der Diskussion über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1976 festigte sich in den Gremien der CDU der Gedanke, dass ältere Mitbürger besonders angesprochen werden müssten. So legte der Bundesfachausschuss Sozialpolitik der CDU am 23. Juli 1976 ein Programm für ältere Menschen vor. Diesem Gedanken zur Verstärkung der Parteiarbeit für Senioren und Seniorinnen schloss sich die

CDA 1978 auf einer Tagung in Königswinter an. Und nur ein Jahr später gründete die CDU in Baden-Württemberg mit Förderung des damaligen Landesvorsitzenden Hans Filbinger eine Landes-Senioren-Union.

Darauf konnte man in der CDU-Zentrale aufbauen. In den 80er Jahren engagierte sich der langjährige CDU-Bundesgeschäftsführer, Wahlkampf- und Kampagnenmanager Peter Radunski mit dem damaligen CDU-Generalsekretär, Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler, für die Gründung der Senioren-Union. Am 20. April 1988 war es dann auch formal so weit. Auf der Gründungsversammlung in Bonn wurde Gerhard Braun zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt. Ihm folgten Dr. Bernhard Worms (1990 bis 2002) und Prof. Dr. Otto Wulff (2002 bis heute). Alle drei haben sich mit ihrem Engagement in

besonderer Weise um die Senioren-Union verdient gemacht. Sie setzten Akzente und Schwerpunkte, die der politischen Arbeit der Senioren-Union Richtung und Profil gaben und geben.

Der Gründung folgten turbulente (Wende-)Jahre. Schon kurz nach dem Mauerfall rief auch die Ost-CDU eine Senioren-Union ins Leben. Auf der Gründungsveranstaltung am 18. April 1990 im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin, der Zentrale der Ost-CDU, wurde Gisela Krüger, eine Theologin aus Schwerin, zur ersten Vorsitzenden gewählt. Anfang Dezember traten die SU-Verbände der neuen Bundesländer dem

2014 Auszeichnung von Michail Gorbatschow für Versöhnung und Verständigung



1992 Erster Auftritt von Angela Merkel, damals noch Bundesministerin für Frauen und Jugend, bei der SU



Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident NRW 2005-2010, mit SU-Landeschef Leonhard Kuckart



1986 Senioren-Kongress der CDU



Gruppenbild mit Gorbatschow nach der Medaillenverleihung





2017 SU im Bundestagswahlkampf in Halberstadt



2011 Polit-Talk mit dem damaligen CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe



2008 Legendäres Duo: der damalige JU-Chef Philipp Mißfelder und Prof. Dr. Otto Wulff



1990 Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der SU/DDR in Berlin



Gründungsversammlung Senioren Union CDU
20. April 1988 · Bonn · Konrad-Adenauer-Haus



2017 Die „Union der Generationen“ lebt weiter: Paul Ziemiak, JU-Chef, Prof. Dr. Otto Wulff, SU-Vorsitzender



Bundesverband bei. Im Bundesvorstand wurde Ulrich Braun aus Eberswalde als stellvertretender Vorsitzender mit dem Verantwortungsbereich neue Bundesländer gewählt. Seit 1995 gibt es auch eine Senioren-Union der CSU (SEN) unter dem damaligen Vorsitz von Dr. Gebhart Glück. Heute führt Dr. Thomas Goppel MdL die Regie bei der Senioren-Vereinigung der CSU im Freistaat, deren Ziel es ist, die Anliegen der älteren Generation zu bündeln und offensiv gegenüber Politik und Gesellschaft zu vertreten. Das SEN-Credo: „Unsere Anliegen gehen weit über die sog. seniorentypischen Themen hinaus. Wir sind überzeugt, dass



wir zum Wohl unseres Landes einen großen Beitrag leisten müssen und auch können.“ Um Politik für ältere Menschen zwischen Nordkap und Sizilien kümmert sich seit ihrer Gründung 1995 in Madrid auch der europäische Ableger, die Europäische Senioren-Union. Seniorenorganisationen aus 22 Ländern sind inzwischen dabei, sie repräsentieren über 500.000 Mitglieder. Von 2001 bis 2013 führte der ehemalige Staatssekretär Dr. Bernhard Worms diese länderübergreifende Vereinigung.

In Deutschland eroberte sich die Senioren-Union im Lauf der Jahre einen

vielbeachteten Platz auf der politischen Bühne. Auf ihren Bundesdelegiertenversammlungen (siehe Kasten) gab sich die politische Prominenz ein Stelldichein, von Bundeskanzlerin Angela Merkel über den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder bis hin zu den Spitzen der anderen CDU-Vereinigungen wie Junge Union oder Frauen-Union. Auf den Bundesparteitagen der CDU geriet der Auftritt der Senioren-Union zum gern besuchten Treffpunkt zum Networking und politischen Fachsimpeln. Startschuss für fast schon legendäre Auftritte des Tandems Prof. Dr. Otto Wulff und Philipp Mißfelder, damals Vorsitzender der Jungen Union, war die 2008 erfolgte Gründung des Initiativkreises „Union der Generationen“. Wo immer die beiden für den Zusammenhalt der Generationen warben, war ihnen die Aufmerksamkeit der Menschen sicher.

1988	Bonn	Gründungsversammlung: Gerhard Braun wird erster Bundesvorsitzender der Senioren-Union
1990	Bonn	Der ehemalige Staatssekretär Dr. Bernhard Worms wird zum Bundesvorsitzenden gewählt
1991	Hamburg	Motto: Die Verantwortung für unser Leben
1992	Magdeburg	Motto: In Einheit leben – gemeinsam die Zukunft gestalten
1994	Bonn	Motto: Wir Senioren entscheiden die Wahl!
1996	Heidelberg	Motto: Mitarbeiten – mitentscheiden – mitverantworten
1998	Erfurt	Motto: Wir gewinnen, wenn wir wollen
2000	Göttingen	Motto: Kultur des Alterns – Kultur der Mündigkeit
2002	Berlin	Motto: Alter ist nichts für Feiglinge – Wir setzen Zeichen! Wahl des jetzigen Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff
2004	Bonn – Bad Godesberg	Motto: Mit Mut und Erfahrung Zukunft gestalten, das ist unser Auftrag!
2006	Hannover	Motto: Gesellschaft ohne Altersgrenzen – Langlebigkeit hat Zukunft
2008	Wiesbaden	Motto: Erfahrung macht Mut – Alter neu denken
2010	Recklinghausen	Motto: Union der Generationen: Gemeinsam – die Zukunft
2012	Recklinghausen	Motto: Senioren: Rückgrat der Gesellschaft
2014	Schwerin	Motto: Zukunft braucht Erfahrung
2016	Magdeburg	Fortgeführtes Motto: Zukunft braucht Erfahrung

2017 Die Verteidigungsministerin im SU-Bundesvorstand



1997 SU-Bundesvorstandssitzung Freiburg



1994 SU-Spitze unter Führung von Dr. Bernhard Worms zu Besuch im Kanzleramt



Der Vorläufer von Souverän: Das Mitgliedermagazin „Mit“





Langjähriger Bundesschatzmeister: Hans Schoppmeyer

Als Bundesgeschäftsführer der CDU auch Vorkämpfer für die Senioren-Union: Peter Radunski



Begleitet die SU in verschiedensten Positionen seit den 90er Jahren: Angela Merkel, hier mit dem langjährigen Bundesvorsitzenden Dr. Bernhard Worms

30 JAHRE Senioren-Union CDU



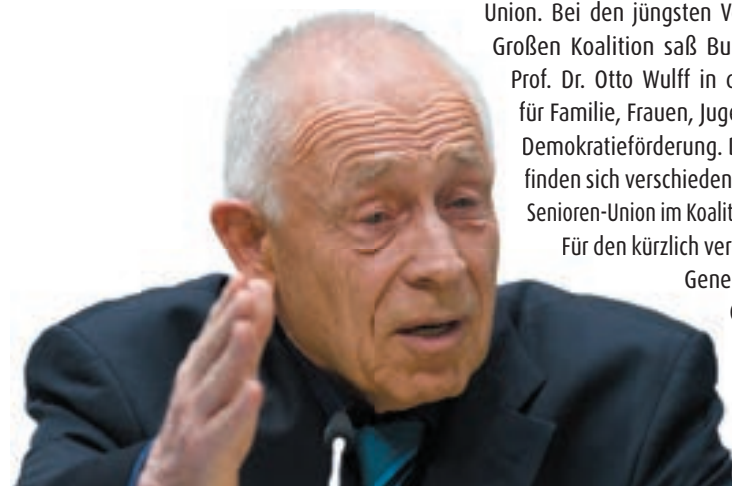
Senioren-Union: immer den christlichen Werten verpflichtet



Senioren-Union: immer in Kontakt mit Spitzenpolitikern



Bundesvorstandssitzung im Konrad-Adenauer-Haus



SU-Chef Gerhard Braun mit Prof. Ursula Lehr, damals Bundesfamilienministerin

Inzwischen finden die Positionen der Senioren-Union Gehör auch bei wichtigen politischen Entscheidungen. Kein Bundesparteitag der CDU ohne wichtige Anträge der Senioren-Union. Bei den jüngsten Verhandlungen zur Großen Koalition saß Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff in der Arbeitsgruppe für Familie, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratieförderung. Dementsprechend finden sich verschiedene Forderungen der Senioren-Union im Koalitionsvertrag wieder.

Für den kürzlich verstorbenen CDU-Ex-Generalsekretär Heiner Geißler erfüllen sich so die strategischen Überlegungen der 80er Jahre. In seiner Festrede

zum 20-jährigen Jubiläum der SU im Berliner Konrad-Adenauer-Haus sagte er: „Wir brauchen die Senioren-Union, weil wir innerhalb der Christlich-Demokratischen Union auch im Verhältnis zwischen den Jungen und den Alten den Gedanken der Partnerschaft realisieren wollen. Ältere können nicht Mitglied der Jungen Union werden. Aber die Älteren können die Interessen der jungen Generation vertreten. Das können wir heute umso besser, weil die Alten heute mächtiger geworden sind.“

Am 20. April wird es im Berliner Konrad-Adenauer-Haus der CDU eine stimmungsvolle Jubiläumsfeier mit hochkarätigen Gästen geben. So haben die Bundeskanzlerin zugesagt, der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel von der ÖVP sowie weitere namhafte Persönlichkeiten aus der Politik. 



DREI FRAGEN

an Jan-Philipp Wölbern,
Konrad-Adenauer-Stiftung

Souverän: Herr Dr. Wölbern, Sie arbeiten für die Konrad-Adenauer-Stiftung an einer Publikation zum 30-jährigen Jubiläum der Senioren-Union. Wann etwa wird diese Festschrift erscheinen?

Wölbern: Das Buch wird im Herbst 2018 erscheinen.

Seit 1988 ist eine Menge passiert. Kann sich der Leser auf eine spannende Lektüre freuen?

Ja! Die Publikation wird auch die Vorgeschichte seit den 1970er Jahren in den Blick nehmen und dabei eine ganze Reihe von Fragen ansprechen: Welche Gründe waren für die Idee einer

eigenständigen Vereinigung für die ältere Generation maßgeblich? Wer hat das Projekt damals vorangetrieben, welche Schwierigkeiten gab es? Welche Themen hat die Senioren-Union seitdem angestoßen und welche Erfolge erzielt? Zahlreiche Bilder und Abbildungen aus dem Archiv der Senioren-Union werden den gut lesbaren Text illustrieren.

Die anderen Parteien verfügen nicht über eine ähnliche Senioren-Organisation. Schließt die CDU hier eine wichtige Lücke?

Ja, denn in einer alternden Gesellschaft ist das Miteinander zwischen Alt und Jung besonders wichtig.



2016 Hochkarätig besetzt: Podiumsdiskussion zu den deutsch-russischen Beziehungen



Heinz Soth, aktuell SU-Bundesschatzmeister

Trippelschritte

HELFEN MEHR ALS STAMMTISCHDEBATTEN

Ein Plädoyer für mehr europäischen Mehrwert
und gegen theoretische Vertiefungsdebatten
von Dr. Markus Pieper MdEP

Ende 2017 titelt eine dpa-Meldung in Deutschland: „Verbraucher werden 2018 besser geschützt.“ So dürfen die Kreditinstitute und Händler keine Zusatzgebühren mehr bei Kreditkartenzahlung und SEPA-Überweisungen erheben. Mehr Verbraucherschutz auch bei Urlaubsreisen: Ab dem 1. Juli 2018 gibt es auch bei Buchungen im Internet einen zusätzlichen Schutz, wenn Kunden auf einem Buchungsportal für eine Reise mehrere unterschiedliche Leistungen innerhalb desselben Buchungsvorgangs auswählen. Macht die Airline Pleite, ist nicht mehr automatisch der Fluggast der oder die Dumme. Das sind gute Nachrichten für alle Verbraucher. Doch damit nicht genug. Im EU-Ausland ist künftig „Fernsehen wie zu Hause“ möglich: Abonnenten von Streaming-Diensten wie Netflix oder Sky Go können ihre Abo-Dienste auch während des Urlaubs im EU-Ausland nutzen. Bequem, oder? Und dann noch ein wichtiger Termin für Autokäufer: Sie sollten den 1. September 2018 im Blick behalten. Denn ab diesem Datum wird bei neu zugelassenen Fahrzeugen der Schadstoffausstoß endlich nach einem neuen, realistischeren Verfahren gemessen.

Europa liefert jedes Jahr konkrete Erfolge

O.k., vielleicht sind das alles Kleinigkeiten. Wann kommt der Autor endlich zum großen Ganzen? Geduld. Denn was in der dpa-Meldung fehlt, ist der Hinweis, wer das für die Verbraucher erreicht hat. Sie ahnen es – es waren EU-Kommission, EU-Rat und Europaparlament, die sich in aufwändigen Verfahren auf diese Erleichterungen geeinigt haben. Wie auch

bei länger zurückliegenden großen Themen wie gemeinsame Währung, Reisefreiheit, Roaming, Datenschutz ... Das wissen nicht nur Verbraucher zu schätzen, auch mittelständische Firmen können sich eine europäische Geschäftswelt ohne offene Grenzen nicht mehr vorstellen. Gut für KMU, dass es in der EU ein CE-Kennzeichen für geprüfte Sicherheit gibt und nicht 28, nur eine EU-Maschinenrichtlinie und schon bald deutliche Vereinfachungen beim Onlinekaufrecht.

Europa liefert jedes Jahr konkrete Erfolge. Diese werden als selbstverständlich hingenommen. Aber wenn etwas nicht gelingt oder europäische Regulierung übers Ziel hinausschießt, treiben Medien und amüsierte Öffentlichkeit eine Gurkenkrümmung jahrzehntelang durch europäische Dörfer. Der Krümmungsgrad, der längst nicht mehr vorgeschrieben ist, erscheint am Stammtisch wichtiger als die Euro-Währung, die die Auswüchse der Finanzkrise zu überstehen half. Das Glühlampenverbot wichtiger als die europäische Liberalisierung der Energiemärkte, wodurch die freie Wahl des Energieversorgers auch in Deutschland möglich wurde.

Die Vorzüge eines Binnenmarktes

Vermutlich wissen wir die Vorzüge eines gemeinsamen Binnenmarktes erst dann zu schätzen, wenn es ihn nicht mehr gibt. Den Briten schwant zunehmend, was sie aufs Spiel gesetzt haben. Sie betteln ja geradezu um Übergangszeiten, aus denen vielleicht ein dauerhafter Verbleib zumindest im Binnenmarkt wird. Damit so etwas wie in Großbritannien nicht noch einmal passiert, muss die EU stärker, viel stärker, in die Offensive gehen. Nicht nur

mit Binnenmarkt und gemeinsamer Währung. Noch weniger selbstverständlich sind 70 Jahre Frieden und eine global einzigartige Staatengemeinschaft, die sich Menschenrechte in gemeinsame Verträge geschrieben hat. Wer mit Trump, Putin und Erdogan ein flausches Gefühl bei der Einschätzung der Weltlage bekommt, wird irgendwie froh sein, dass es die Europäische Union gibt.

Tatsächlich scheint die europäische Antwort auf die Krisen an den Außengrenzen und eine populistisch betriebene EU-Sklerose innerhalb der Union bislang zaghaft bis kaum wahrnehmbar. Es sind auch noch nicht viel mehr als Trippelschritte hin zur gemeinsamen Außenpolitik, zur Verteidigungsunion oder hin zu einer gemeinsamen Antwort auf die Flüchtlingsströme. Die europäischen Staatenlenker übertreffen sich stattdessen im Einsatz für das nationale Eigeninteresse. Kanzlerin Merkel kann in dieser Gemengelage nicht viel mehr tun als moderieren. Ihr fehlte bis dato die proeuropäische Unterstützung großer europäischer Staatsechefs.

Die Verleihung des Karlspreises an Frankreichs Präsidenten Macron kommt jetzt früh und doch zur rechten Zeit. Nicht jede seiner Ideen kann die deutsche Europapartei CDU gut finden, aber Macron belebt die Europadebatte mit Leidenschaft und Begeisterung für ein mutiges Europabild.

Es ist richtig, mit einer Verteidigungsunion eigene EU-Interessen zu verfolgen und gleichzeitig Synergien zu bündeln. Es ist notwendig, die Kooperation von Polizei und Nachrichtendiensten verbindlicher zu gestalten und endlich einer europäischen Staatsanwaltschaft den Weg zu

ebnen. Auch die von Macron skizzierten Wege für europäische Asylverfahren, für einen stärkeren Außengrenzschutz und für wirksamere Wege einer gemeinsamen Politik der Entwicklungshilfe sind Wasser auf die Mühlen entsprechender EVP-Politik im europäischen Parlament. Schließlich muss die EU ihr „digitales Herz“ in die Hand nehmen, um mit Investitionen in Breitband und Sicherheitsstandards Innovationsführer im globalen Wettbewerb zu bleiben. Dazu gehört auch die Digitalisierung des Binnenmarktes mit einer gerechten Besteuerung digitaler Wertschöpfung. Nur mit mehr Europa in der Außen-, Sicherheits- und Innovationspolitik werden Deutschland und die europäischen Verbündeten global das noch durchsetzen können, was ihnen zu Hause Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit garantiert.

Martin Schulz' „Vereinigte Staaten von Europa“ spalten die Union

Ja, es gibt sie, die proeuropäische Stimmung, die jetzt Reformen ermöglichen hilft. Dennoch reicht es nicht zu sagen: „Wir sind für Europa.“ Europas Zukunft muss konkret sein. Diskussionen müssen so geführt werden, dass die Menschen damit etwas anfangen können. Hier schaden Theoriedebatten über staatliche Strukturen mehr als sie nutzen. Martin Schulz' „Vereinigte Staaten von Europa“ spalten die Union. Nicht sein „rein oder raus“ bis 2025 ist die Frage, die sich die Mitgliedsländer zu stellen haben. Vielmehr geht es darum, immer wieder den kleinsten gemeinsamen Nenner aufzuspüren und weiterzuentwickeln. Das gelingt beim Binnenmarkt ganz gut, etwa in der Verbraucherschutzgesetzgebung, der Entsendethematik oder den technischen Regeln. Und wenn bei den großen Themen Sicherheit, Verteidigung und Währungsunion (noch) nicht alle mitmachen, müssen einige Staatengruppen vorangehen und andere können später nachziehen. Weg von der lähmenden Einstimmigkeit hin zu einem akzeptierten – auch weil schon real existierenden – Europa mehrerer Geschwindigkeiten – das kann dann auch zu mehr Gelassenheit im Umgang miteinander führen.

Wir wollen ein stärkeres Europa als heute, aber keinen Superstaat à la SPD und europäische Linke. Uns geht es um den konkreten Mehrwert, den die EU den Bürgern, den Unternehmen und den Nationen bieten kann. Unsere Philosophie ist es eben nicht, die Nationalstaaten zu ersetzen, sondern sie stark zu machen, um in der Welt von morgen zu bestehen. Diese Position braucht den parteipolitischen Wettbewerb im Konkreten. Nur wenn dieser

öffentlich geführt wird, können die Bürger entscheiden, welches Europa sie haben wollen. Noch werden viele Beispiele unter der Brüsseler Käseglocke debattiert. Wir müssen die Themen aber in die Regionen tragen. Grüne, Liberale, Linke und SPD wollen mehr Zuwanderung, auch ohne Vorgaben. Wir wollen mehr Kontrolle an den Außengrenzen, eine Zuwanderungsbegrenzung und ein striktes Vorgehen gegen Schleuser und illegale Migranten. In Berlin und Brüssel behindern SPD, Linke und Grüne die Neueinstufung sicherer Herkunftsgebiete und die Verlagerung der Asylentscheidung an die Außengrenzen. Sie stellen sich – oft mit den Liberalen – quer bei Gesetzgebungen zu systematischen Grenzkontrollen oder obligatorischem Datenaustausch.

Die Linken rufen nach mehr Zentralisierung auch bei der Wirtschafts- und Währungsunion. Ja, Europa muss noch krisenfester werden. Aber die erste Antwort heißt doch: durch mehr Haushaltsdisziplin, auch und gerade in einigen Mitgliedsstaaten. Und krisenfester dann durch schlagkräftigere Krisenreaktion mit einem Europäischen Währungsfonds quasi als Lebensversicherung und konditionierte Hilfen bei Reformen.

Linke Zentralisierung auch durch die Forderung nach einem Eurozonen-Haushalt mit dem Ziel der Umverteilung und Schuldenaufnahme durch einen europäischen Finanzminister. Unterstützt durch südeuropäische Länder. Hätten Frankreich und Italien Sozialreformen in der Konsequenz baltischer Staaten oder Deutschlands durchgeführt, würde es wohl kaum zu diesen Forderungen kommen, die letztlich eine finanzielle Transferunion in Gang setzen würden. Das ist auch einem französischen Staatspräsidenten klar, der an dieser Stelle umso glaubwürdiger ist, je mehr Frankreich verkrustete Arbeitsmärkte und Rahmenbedingungen für Innovationen reformiert.

Fazit: Die Europäische Union braucht den parteipolitischen Diskurs auch und gerade der Pro-Europäer! Das wird zu mehr Aufmerksamkeit führen und die Grundidee der EU stärken. „Wir sind für Europa“ reicht nicht mehr. Für welches Europa sind wir? Je konkreter die Antwort, umso besser. Je größer der Mehrwert, umso größer die Akzeptanz der Menschen auch für mehr Europa, umso schwächer werden links- und rechtsradikale Europagegner. Dieser Mehrwert liegt in den Errungenschaften des Binnenmarktes und in den Potenzialen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Europa muss in diese Mehrwertoffensive einsteigen und braucht keine theoretischen Diskussionen über Vereinigte Staaten mit Schulden-Vergemeinschaftung – gerade mit dem möglichen Brexit vor Augen.



Der Autor: Dr. Markus Pieper, MdEP, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und Vorsitzender des Mittelstandskreises der EVP-Fraktion.

/ VON *Narrenschellen* UND MORALISCHER *Großmäuligkeit*

In ihrer Hemmungslosigkeit gegenüber Andersdenkenden ähneln sich Links- und Rechtsradikale

Es gab zwischen 1998 und 2005 den Bundesinnenminister Otto Schily. Er war zwar in der SPD, davor bei den Grünen. Doch Sympathisanten von CSU und CDU fanden es gut, wie

Schily seine Rolle als Anwalt des Staates und harter Hund ausfüllte. Ähnlich wie mit Blick auf die Sozialdemokraten Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982) und Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (1966-1972) befanden Konservative über Schily: „Guter Mann, leider in der falschen Partei.“ Auf einem Bundesparteitag schleuderte Schily, der skeptisch beäugt wurde von allen Linksgreenen in seiner Partei, den wie versteinert dasitzenden Delegierten entgegen: „Law and Order sind sozialdemokratische Werte, Genossinnen und Genossen.“ Der Redner wollte damit zum Ausdruck bringen, dass gerade der so genannte kleine Mann und rechtschaffene Bürger, der jeder Volkspartei, die eine solche bleiben möchte, am Herzen liegen müsste, von der Politik erwartet, dass sie Sicherheitsgarant ist, denn: Freiheit ohne Sicherheit, das wusste bereits Wilhelm von Humboldt, gibt es nicht.

Dennoch stehen die Begriffe Law and Order, also Recht und Ordnung, bei Linken und Grünen, unter politischem Generalverdacht, als sei derjenige, der darauf gesteigerten Wert lege, ein offener oder verkappter Rechter oder Rechtspopulist, also schon auf dem abschüssigen Pfad hin zu den Schmutzkindern. Wenn, wie zuletzt geschehen, ein Spitzenvertreter der CSU wie Alexander Dobrindt den Abgesang auf Alt-68er-Gedanken unter Linken und Linksgreenen öffentlich anstimmt,

wird weniger dagegen argumentiert, aber umso mehr diffamiert. Aus Dobrindt wird fix Doofbrindt, übrigens eine Namensverhöhnung, die auf den ehemaligen Linksradikele Jürgen Trittin zurückgeht, der in der Beletage von Politik und Talkshows wohlgelesen ist. Links gilt als politisch schick und aufklärerisch, noch genehmer ist der Standort Mitte Links. Aber wehe, jemand verortet sich als Mitte Rechts oder als Bewunderer von Österreichs Jung-Kanzler Sebastian Kurz. Da darf man froh sein, von Andrea Nahles bloß als blöde oder von bestimmten TV-Unterhalterinnen voreingenommen gepiesackt zu werden. In den sozialen, häufig asozialen Netzwerken sind die Schmähungen bürgerlich-konservativer Landsleute ungezügelter. In ihrer Hemmungslosigkeit gegenüber Andersdenkenden ähneln sich Links- und Rechtsradikale.

Der lebenskluge Staatsmann Willy Brandt riet dazu, wo immer er besondere politische Zumutungen vermutete: „Niedriger hängen!“ Aber wie soll bürgerlich-konservativen so viel Langmut gelingen, wenn ihnen gegenüber in linken Milieus Intoleranz vorherrscht, die Unduldsamen aber selbst absurden Fehlentwicklungen durch unkontrollierte, ungenügend überwachte Einwanderung eine Engelsgeduld entgegenbringen?

Wer auf die Folgen der Fehlleistungen ab September 2015 verweist, wie dies der frühere Chef des Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, oder der ehemalige „Spiegel“-Chefredakteur und jetzige „Welt“-Herausgeber Stefan Aust getan haben, dem wird sofort die Narrenschele umgehängt oder eben der Stempel „Rechter“ oder „Rechtspopulist“ aufgedrückt. Manchmal streift das linke Milieu ebenso wie das nationalistische die Grenze zum Rassismus, aber als rassistisch empfindet es nicht sich, vielmehr die Deut-

schen, die sich Sorgen machen, ob ihr Land auch noch in wenigen Jahrzehnten eines ist, in dem die Menschen „gut und gerne leben“ (CDU-Wahlslogan 2017).

Der Journalist Stefan Aust ist wahrlich kein Rechter. Aber er streitet dafür, was bürgerlich-konservative oder auch Liberal-konservative für politisch hochaktuell und gleichsam immergrün halten: dass jede gute Politik mit dem Betrachten der Realität beginnt (Erwin Teufel) und dass in der Flüchtlingspolitik, die besser Zuwanderungspolitik heißen sollte, Glaubensbekenntnisse nicht die Wirklichkeit ersetzen. Aust bezog sich auf ein führendes Mitglied der Bundespolizei. Danach ist die Sicherung der Grenzen nach wie vor grobfahrlässig lückenhaft. Immer noch gelte, dass jeder, der, über einen sichereren Drittstaat kommend, auf dem Landweg auf deutschen Boden gelangt (besser: geschleust wird), grundgesetzwidrig nicht zurückgewiesen wird. Er muss nur das Zauberwort „Asyl“ über seine Lippen bringen.

Linksgrün getrimmte Alt-68er werden wohl auch nüchterne Beobachter und Kommentatoren wie Stefan Aust mit moralischer Großmäuligkeit verdächtigen, sich unter Rechtspopulisten zu bewegen. Unfug muss man manchmal aushalten und sich daran erinnern, wozu Helmut Kohl einst seinen empfindsamen Ältesten ermahnt hat: „Du musst stehen.“



Der Autor:
Reinhold Michels,
freier Journalist,
war von 1991 bis
2015 Ressortleiter
Innenpolitik bei der
Rheinischen Post in
Düsseldorf.

Reisetermin:

**23.01. bis
03.02.2019**

Reiseleistungen:

- Flüge Frankfurt / Johannesburg – Kapstadt / Frankfurt mit der nationalen Fluggesellschaft South African Airways in der Economy-Class
- Inlandsflug Johannesburg / Kapstadt ebenfalls mit der South African Airways in der Economy-Class
- Flughafensteuern, Kerosinzuschläge und Luftverkehrsabgabe von zurzeit EUR 499,- pro Person (Stand 03/18)
- 9 Übernachtungen in Hotels und Lodges der guten Mittelklasse im Doppelzimmer
- Halbpension
- Rundreise und Ausflüge im modernen, klimatisierten Reisebus
- Programm lt. Ausschreibung mit örtlicher, deutschsprachiger Reiseleitung ab/bis Johannesburg und Kapstadt
- Eintrittsgelder zum Programm
- 1 x Pirschfahrt im Kruger Nationalpark, 1 x Braai mit Shangana Show, 1 x Sekt am Signal Hill, 1 x Weinprobe inklusive Kellerführung
- Gepäckträgergebühren in den Hotels und am Flughafen
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

SÜDAFRIKA



Kruger Nationalpark, Panorama Route und Kapstadt
– drei von vielen Glanzlichtern dieser Reise!



Flüge:

Ab/bis Frankfurt (Zubringerflüge von vielen deutschen Flughäfen möglich)



Besichtigungen:

Eine Pirschfahrt im Kruger Nationalpark, Braai mit Shangana Show, Signal Hill und Weinprobe



Übernachtungen:

In Hotels und Lodges der guten Mittelklasse

Eine Reise durch Südafrika gleicht wegen der Größe des Territoriums und seiner landschaftlichen Vielfalt einer „Weltreise durch ein Land“. Sie erkunden das Gebiet von Johannesburg bis zur südlichsten Spitze Afrikas, dem Kap der Guten Hoffnung, wo sich Atlantik und Indischer Ozean treffen. Und natürlich nehmen wir uns auch ausreichend Zeit, bei Safaris die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt Südafrikas in freier Wildbahn des Kruger Nationalparks zu erkunden. Auch ein Ausflug nach Stellenbosch, dem wohl bekanntesten Weinanbaugebiet Südafrikas, lohnt einen Besuch. Zahlreiche Bauwerke erinnern hier an die niederländischen Ursprünge. Ein wahrer Schatz Südafrikas ist die in weiten Teilen unberührte Landschaft. Sie werden erstaunliche Naturdenkmäler wie den Blyde River Canyon und die großen Granitfelsen in Paarl erleben.



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel:

SÜDAFRIKA

Termin:

23.01. bis 03.02.2019

Preis:

EUR 2.795,- p. P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 360,-
Zuschlag für Zubringerflüge:
EUR 150,- pro Person
Vermittlung von Rail&Fly auf Anfrage möglich: EUR 70,- pro Person
(* bei Zweierbelegung)

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt:
EUR 113,- pro Person
(Kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



- ☐ Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur SÜDAFRIKA-Reise.
☐ JA, ich möchte mit folgenden Personen an der SÜDAFRIKA-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Reisepass)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Reisepass)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschte Zubringerflüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: DZ* = Doppelzimmer • EZ = Einzelzimmer • RV = Reiserücktrittskosten-Versicherung • RF = Rail&Fly

Teiln. 1 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RF ☐ RV
Teiln. 2 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RF ☐ RV

(* bei Zweierbelegung)



Deutsch-russische Beziehungen:

PLATZ IM „DER ZIVILGESELLSCHAFT MEHR *Dialog* GEBEN“

Der Petersburger Dialog tagte zuletzt im vergangenen November in Berlin. Das politische Umfeld, in dem Deutsche und Russen sich begegnen, ist schwierig. Die Ukraine-Krise hat das Verhältnis empfindlich gestört. Der Vorsitzende des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite, Ronald Pofalla, zieht Bilanz und zeigt, wie zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit dennoch die Hürden überwinden kann.

Zum ersten Mal in seiner siebzehnjährigen Geschichte war der Petersburger Dialog zu seiner Jahrestagung zu Gast in Berlin. Für alle Teilnehmer, Deutsche und Russen, und auch für mich persönlich, ein ganz besonderer Ort, um in schwieriger Zeit darüber zu reden, was uns miteinander verbindet und was uns voneinander trennt. In Berlin haben sich im Lauf der Geschichte die Wege unserer beiden Völker wie in wohl keiner anderen Stadt gekreuzt. Berlin ruft auch das

dunkelste Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte wach: den furchtbaren, von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg. Die Rote Armee siegte hier über Nazi-Deutschland. Nach dem Krieg war Berlin dann eine geteilte Stadt – mit der Mauer als Symbol der Spaltung und der Konfrontation zwischen Ost und West. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 hat aller Welt vor Augen geführt, dass Spaltung und scheinbar unversöhnliche Gegensätze friedlich überwunden werden können.

Mit dieser Geschichte von Trennung und Einigung war der Tagungsort den mehr als 250 deutschen und russischen Teilnehmern des Petersburger Dialogs Ansporn und Auftrag zugleich. Denn natürlich sind die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland stark belastet. Die russische Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine bewirkt ein Übriges und hat das vormals gute Einvernehmen zwischen Europa und Russland tief erschüttert. Diese Ereignisse belasten auch den zivilgesellschaftlichen Dialog unserer Länder.

Dennoch ist es meine feste Überzeugung, dass wir mit Russland im Gespräch bleiben müssen. Mehr noch, wir möchten einen bescheidenen, aber doch fühlbaren Beitrag dazu leisten, neue Brücken und Ansatzpunkte guter Kooperation entstehen zu lassen. Das Gebot der Stunde ist: In der Krise brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Foren des Austausches. Sanktionen sind nach Lage der Dinge unabdingbar, bis das Abkommen von Minsk von beiden Seiten realisiert wird. Aber diese Maßnahmen sind kein Argument für eine Drosselung des zivilgesellschaftlichen Dialogs. Im Gegenteil, der Kontakt zu den Menschen muss intensiviert werden. Zu groß ist die

Gefahr, dass wir in einen Strudel geraten, der zu einer totalen Entfremdung führt, mit Folgen, die Deutsche und Russen heute vielleicht noch gar nicht absehen können.

Der Petersburger Dialog zeigt, wie so eine Annäherung funktionieren kann. Deshalb haben wir auch die Zahl der Teilnehmer an diesem Dialog vergrößert und die Arbeitsgruppen um zwei neue AGs, „Ökologische Modernisierung“ und „Gesundheit“, erweitert. Wir haben das Format des jungen Petersburger Dialogs initiiert, unterstützen Schüler- und Jugendbegegnungen sowie die Kooperationen auf der Ebene von Städten und Gemeinden. Der Petersburger Dialog fördert die Verbindungen und die Zusammenarbeit zwischen unseren Gesellschaften nach Kräften und hält den Austausch mit Ideen, Impulsen und Initiativen lebendig. Der Petersburger Dialog in Berlin hat das wieder gezeigt: Unter dem Motto „Gesellschaftliche Teilhabe als Chance zur deutsch-russischen Verständigung“ diskutierten über 250 Teilnehmer in zehn Arbeitsgruppen Themen und Projekte aus einem weiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit.

Wir können also feststellen, dass wieder Bewegung und eine Belebung im deutsch-russischen Dialog spürbar sind. Dafür sorgen auch neue Themen wie zum Beispiel der Fußball. Im vergangenen Juni haben wir in Moskau über die Erfahrungen mit der WM 2006 in Deutschland gesprochen und die Chancen für Russland diskutiert, sich bei der WM 2018 im eigenen Land als weltoffener Gastgeber zu präsentieren. DFB-Präsident Reinhard Grindel und der Vizechef des russischen WM-Organisationskomitees Alexander Dschordschadse waren dabei mit von der Partie.

Und dafür sorgen neue Projekte wie unsere gemeinsame Zeitung „Petersburger Dialog“,

die in Russland und Deutschland ein breites Publikum erreicht. Im Vorfeld des Dialogs in Berlin war sie der gesamten Auflage der Berliner Morgenpost mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren beigelegt. In Russland erscheint sie als Beilage der renommierten Tageszeitung „Kommersant“. Hinzu kommen neue Akzente auf russischer Seite, die hoffen lassen. So wurde dem Geschäftsführer von Greenpeace Russland, Sergej Zyljonkow, der vor einigen Jahren noch strafrechtlich verfolgt wurde, die Leitung der neu eingerichteten Arbeitsgruppe Ökologische Modernisierung übertragen. Auch wurde das Strafverfahren gegen Walentina Tscherewatenko, die seit vielen Jahren eine engagierte Teilnehmerin des Petersburger Dialogs ist, eingestellt. Die Leiterin der Nichtregierungsorganisation „Frauen vom Don“ sollte als „ausländische Agentin“ angeklagt werden.

Beide Entscheidungen waren wichtige Signale für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit unserer Länder. Aber natürlich bleibt die Sorge über die Gesetzgebung zu den „ausländischen Agenten“, die weiterhin viele zivilgesellschaftliche Akteure in Russland bedroht. Alles in allem also zeigt sich der Petersburger Dialog in seinem siebzehnten Jahr bemerkenswert dynamisch und innovativ. Er strahlt sogar international aus: Der von Präsident Macron initiierte Trianon-Dialog, mit dem der französisch-russische Austausch intensiviert werden soll, orientiert sich am Modell unseres Petersburger Dialogs. Auf unserer Tagung im Juni haben wir bereits einige

Gäste aus Frankreich als Beobachter begrüßt, und in Paris durfte ich über unsere Erfahrungen berichten. Ich halte diese übergreifenden Ansätze der Kommunikation für zukunftsweisend. Ein besonderer Mehrwert unseres Petersburger Dialogs besteht darin, dass wir Zivilgesellschaft und Politik in gemeinsamen Gesprächen Möglichkeiten des Austausches und der gegenseitigen Bereicherung bieten. Die frühere zeitliche Verbindung von deutsch-russischen Regierungskonsultationen und Petersburger Dialog hat viel Gutes bewirkt. Im Moment ruht dieser Austausch, aber in Berlin ist es gelungen, erstmals seit 2012 wieder Regierungsvertreter beider Länder in den Petersburger Dialog einzubeziehen. Die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries und der stellvertretende russische Wirtschaftsminister Aser Talibow trafen mit der AG Wirtschaft zusammen. Dabei tauschten sich beide Seiten in einem sehr guten Gespräch über die Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen aus.

Dem Petersburger Dialog gelingt es, die gesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Russen in der zurzeit schwierigen politischen Lage mit neuem Leben zu füllen. Unser Verhältnis darf – gerade weil Deutschland eine besondere Verantwortung für das friedliche Zusammenleben in Europa hat – nicht in eine Sackgasse geraten. Darum hegen wir im Petersburger Dialog auch die Hoffnung, dass am Ende einmal wieder Regierungskonsultationen parallel zu unserer Tagung stattfinden können.

Zwingende Voraussetzung für einen Neustart in den Beziehungen aber ist ein endgültiges Schweigen der Waffen in der Ostukraine. Im Minsk-II-Abkommen ist festgehalten, was beide Seiten dafür tun müssen. Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings, dass nicht nur Russland, sondern auch die Ukraine die Abmachungen nicht vollständig umsetzen.

Präsident Putin hat mit seinem Vorschlag, eine UN-Friedenstruppe zur Überwachung des Minsker Abkommens einzusetzen, einen beachtenswerten Vorstoß gemacht. Käme es tatsächlich zu einem von der UNO geführten Blauhelm-Einsatz in der Ostukraine, nicht nur an der Grenze, sondern auch darüber hinaus, wären wir so weit wie seit Jahren nicht mehr. Bei substanziellen Fortschritten in Richtung dauerhafter Frieden könnte dann auch neu über die Sanktionen gesprochen werden.

Der Petersburger Dialog in Berlin hat uns gezeigt, dass wir den Willen und die Kraft haben, die Beziehungen unserer Länder weiterzuentwickeln. Zivilgesellschaftlicher Dialog kann den Weg für eine politische Verständigung ebnen und helfen, eine gemeinsame Basis für unser Verhältnis zu finden. Deutsche und Russen wissen, wie sehr beide Seiten von gutnachbarschaftlichen Verbindungen profitieren können, nicht nur im Bereich der Wirtschaft. Je eher ein politischer Neuanfang möglich wird, desto besser für unsere Länder und die partnerschaftliche Zusammenarbeit in einem großen gemeinsamen Europa. 



Der Autor: Ronald Pofalla, ehemaliger Generalsekretär der CDU und Chef des Bundeskanzleramtes im zweiten Kabinett von Angela Merkel, ist seit 2015 bei der Deutschen Bahn, dort im Vorstand, zuständig für Infrastruktur. Er leitet seit 2015 den Petersburger Dialog der Bundesregierung.

Vor kurzem verbrachte ich einige Stunden in der Zukunft. Zumindest fühlte es sich so an. Ich hatte die Gelegenheit, einen der ersten Roboter, die ich je außerhalb des Labors gesehen habe, durch London zu folgen, wo er die Straßen von Greenwich, seinem künftigen Arbeitsplatz, vermaß. Der durchaus niedliche schwarzweiße Roboter in Form einer Kühlbox mit sechs Rollen der Firma Starship Technologies wird in Kürze eigenständig Bestellungen in Fast-Food-Restaurants abholen und sie den Kunden nach Hause liefern. Wenn er bei Ihnen angekommen ist, entsperren Sie den Deckel einfach mit einer speziellen Smartphone-App und entnehmen Ihre Pizza, Ihr Curry oder Sushi.

Es war genauso spannend, die Reaktionen der Menschen zu beobachten wie den Droiden selbst, wie er gehorsam an Fußgängerüberwegen hielt, Autos passieren ließ und Menschen auf dem Bürgersteig höflich Platz machte. Erwachsene, die dem summenden Roboter begegneten, wirkten skeptisch, während Kinder und jüngere Menschen, die eher mit dieser Technik aufgewachsen sind, nicht mit der Wimper zuckten und ihn im Vorbeigehen freundlich grüßten – als wäre WALL-E (Anm. der Red.: ein Roboter als Hauptfigur des computeranimierten Spielfilms „Der Letzte räumt die Erde auf“) gerade mit ihrem Essen vorbeigekommen.

Neben diesen Pre-Service-Tests in London und Tallinn testet Starship seine Roboter auch mit Lieferdiensten in Bern, Düsseldorf und Hamburg. Aber so faszinierend der kleine Droide

auch sein mag: Es ist höchste Zeit, sich damit zu beschäftigen, welche Auswirkungen sein Einsatz auf all die Menschen hat, die derzeit als Auslieferer bei Zustelldiensten arbeiten. Da sie kein Gehalt bekommen und rund um die Uhr verfügbar sind, sind die Roboter für Fast-Food-Lieferanten wie für Lebensmittel-Lieferservices gleichermaßen interessant und werden potenziell große Folgen haben. Denn Starship ist in diesem Geschäft bei weitem nicht allein unterwegs. Ähnliche Lieferroboter werden derzeit in Asien eingesetzt. Sie bringen Hotelgästen ihre Zimmer-Service-Bestellungen und läuten damit das Ende vieler Jobs im Gastgewerbe ein. Gleichzeitig entwickeln der Händler Ocado Technology aus Krakau und die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Lausanne – mit EU-Geldern – gemeinsam einen humanoiden Roboter namens SecondHands, der als intelligenter, geschickter und natürlich unermüdlicher Wartungstechniker eingesetzt werden soll.

Millionen Jobs in Gefahr

Aber was bedeutet das für die Arbeitsplätze? Nichtregierungsorganisationen wie das Weltwirtschaftsforum (WEF), Unternehmensberatungen wie PwC und Finanzinstitute wie die Bank of England haben besorgniserregende Berichte vorgelegt, in denen sie zu dem Schluss kommen, dass eine durch Künstliche Intelligenz (KI) bedingte Automatisierung in den nächsten Jahrzehnten Millionen Jobs kosten könnte.

Die intelligenten Maschinen der vierten industriellen Revolution werden sich verheerend auf die Beschäftigung auswirken – wenn die Regierungen nicht einschreiten.

PwC geht davon aus, dass in Deutschland bis Anfang der 2030er Jahre 35 Prozent aller Jobs durch KI-Algorithmen, Roboter und automatisierte Systeme ersetzt werden könnten, in den USA 38 Prozent, in Großbritannien 30 Prozent und in Japan 21 Prozent. Allerdings verweist PwC darauf, dass sich diese Jobs eher verändern als dass sie ganz wegfallen werden. Offensichtlich ist es schwierig zu ermessen, in welche Richtung sich KI entwickeln wird. Niemand weiß, wozu maschinelle Intelligenz in sechs Monaten, geschweige denn in zehn Jahren, fähig sein wird.

In Regionen mit einer großen Niedriglohn-Fertigungsbranche wie Asien könnte die KI-gestützte Automa-

tisierung noch gravierendere Folgen haben. Dort sind einer Studie der UBS zufolge in den nächsten 20 Jahren 50 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr. Die Hauptlast wird mit 15 Millionen China tragen. UBS sagt, die Lösung bestünde darin, einen starken Dienstleistungssektor aufzubauen, in dem Arbeitsplätze geschaffen werden können. Singapur, Hongkong und Indien haben das bereits getan. „Die Regierungen sollten sich stärker auf Berufe konzentrieren, die ein hohes Maß an Individualität,

Kreativität und handwerklichem Können erfordern“, so UBS-Analyst Sundeep Gantori.

Industrielle Revolutionen sind natürlich nichts Neues. Auf die erste, die mechanische Revolution im Zeichen von James Watts Dampfmaschine folgte erst die der Elektrizität und der elektrischen Maschinen von Nikola Tesla und Thomas Edison und dann die digitale Revolution mit den Rechenmaschinen von Konrad Zuse, John von Neumann und Alan Turing.

All diese technologischen Umwälzungen haben sich auf die Beschäftigung ausgewirkt, aber eines war ihnen gemein: Die neuen Maschinen neigten zur Schaffung neuer Jobs. 2015 wertete die internationale Beratungsfirma Deloitte Beschäftigungszahlen aus 144 Jahren aus und fand heraus, dass insgesamt mehr Menschen Arbeit in neuen Berufen fanden, obwohl viele alte Positionen durch Maschinen ersetzt worden waren. So verdrängten PCs die Schreibmaschinen und machten damit die Stenotypisten arbeitslos – gleichzeitig entstanden aber neue Jobs in der Softwareentwicklung, den IT-Abteilungen und Computersicherheitsfirmen.

Die Summe der Teile

Die hirnrähnlichen Fähigkeiten der vierten industriellen Revolution – auch Industrie 4.0 genannt – verändern dies jedoch. Industrie 4.0 umfasst zahlreiche Technologien: KI, maschinelles Lernen, Robotik, globale Vernetzung, Cloud-Computing (Anm. der Red.: deutsch: Datenwolke, beschreibt die Bereitstellung von IT-Infrastruktur wie beispielsweise Speicherplatz, Rechenleistung oder Anwendungssoftware

als Dienstleistung über das Internet) und das Internet der Dinge. Es ist die Summe dieser Teile mit KI im Zentrum, die dazu führt, dass Maschinen jetzt lernfähig sind und sich selbst verbessern können.

Um im Bild zu bleiben: Wenn PCs hätten lernen können, wie sie ihre Probleme selbst lösen und Malware (Anm. der Red.: Schadprogramme) bekämpfen, wären die IT-Abteilungen und Antiviren-Firmen gar nicht entstanden, und die entsprechenden Jobs wären nicht geschaffen worden. Selbstlernende Systeme könnten also nicht nur weniger Jobs bedeuten, sondern auch einen erheblichen Einschnitt für die Rolle des Menschen als Erfinder und Verbesserer von Technik mit sich bringen.

In seinem Buch „Die vierte industrielle Revolution“ warnt WEF-Gründer Klaus Schwab, die Regierungen dürften die anstehenden Auswirkungen der Industrie 4.0 nicht tatenlos abwarten. Sie müssten die neuen Technologien regulieren, um ihre Vorteile nutzen zu können und starke Ungleichgewichte und eine soziale Spaltung zu vermeiden.

Gunter Bombaerts, Assistenzprofessor an der Technischen Universität Eindhoven, meint, Unternehmen, Arbeiter, Kunden, Aktionäre und Regulierungsbehörden hätten nun eine große Chance, die Lebensqualität aller zu steigern, wenn sie diese nur zu nutzen wüssten. Automatisierung kann seiner Ansicht nach die Menge „stupfer“ Arbeit, die niemand machen will, verringern.

EuroTech

Die EuroTech Universities Alliance ist eine Partnerschaft von führenden europäischen Universitäten für Wissenschaft und Technik. Die Allianzpartner aus Brüssel, Lyngby, Lausanne, Eindhoven und München haben sich verpflichtet, durch Spitzenforschung Lösungen für die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. www.eurotech-universities.eu

Industrie 4.0

INVASION DER Jobräuber?

Dazu sei es aber notwendig, dass alle Menschen neue Wege entwickeln, um Arbeit zu organisieren und den Reichtum zu verteilen.

Regierungen im Blindflug

Bislang bleiben Schwab und Bombaerts allerdings ungehört. Anstatt sich auf den sozialen Schock einer durch KI erzeugten Massenarbeitslosigkeit vorzubereiten, befördern die Regierungen das Problem noch, indem sie aus Angst, ihr Land würde abgehängt, immer stärker in Forschung und Entwicklung investieren. So stecken beispielsweise viele Industrieländer viel Geld in die Erforschung von fahrerlosen Fahrzeugen.

Aber was ist mit den Berufsfahrern – etwa Taxi- und Lastwagenfahrern – die dadurch arbeitslos werden? Wie viele werden es sein? Ist das Sozialsystem dafür robust genug? Um es mit den Worten des Wissenschaftsmagazins Nature zu sagen, bedeutet der Mangel an Daten darüber, wie sich KI auf die Jobs der Zukunft auswirken wird, einen „Blindflug der Regierungen in die nächste industrielle Revolution“. Während sich unsere politischen und ökonomischen Führungskräfte die Ohren zuhalten und auf den Knall warten, verbreitet sich die Industrie 4.0 in rasantem Tempo.

Bei Airbus Industries entwickeln die Ingenieure eine erstaunliche Bandbreite an Ideen für die Flugzeugwerke der Zukunft. Betreten Sie eines dieser Werke mit dem von ihnen entwickelten Augmented-Reality-Headset (Anm. der Red.: computergestützte Erweiterung der Realitätswahrnehmung), und Sie werden über Ihrem normalen Gesichtsfeld „sehen“, welcher der 100 Computer einen Softwarefehler hat oder von einem Virus befallen ist, und Sie können diesen sofort mit einer einfachen Handbewegung deaktivieren.

Gleichzeitig, so der Robotik-Koordinator der Firma, Adolfo Suarez Roos, entwickelt Airbus humanoide Roboter, die sich von extrem repetitiven Aufgaben im Flugzeugbau, „bei denen Menschen keinen Mehrwert bringen“, bei Bedarf auf autonomen Betrieb umstellen

lassen und auch mit unerwarteten Situationen fertig werden. Das ist nicht einfach. Deshalb hat der Technologiegigant ABB in Vicarious investiert, ein KI-Start-up, das nach Möglichkeiten sucht, seine Industrieroboter mit einem „Seh- und Sprachvermögen und einer Bewegungssteuerung auszurüsten, die denen von Menschen entsprechen“. Um Menschen helfen zu können, muss ein Roboter zumindest einige ihrer Fähigkeiten haben.

So viel zur Spitzenforschung. Besorgniserregender an der Beschäftigungsfront ist, dass Roboter jetzt auch für sehr niederschwellige befristete Tätigkeiten eingesetzt werden sollen – einschließlich des Bereichs, der für viele die große Hoffnung der menschlichen Beschäftigung darstellt: der sogenannten „On-Demand-Economy“ (Anm. der Red.: auf Deutsch etwa Ökonomie auf Abruf/Anforderung – gemeint ist die möglichst extrem zeitnahe Erfüllung von Nachfragen). In diesem Modell arbeiten die Arbeitnehmer flexibel und werden von Leiharbeitsfirmen für temporäre Arbeiten wie Verpacken, Produkte sortieren oder Qualitätskontrollen angeheuert.

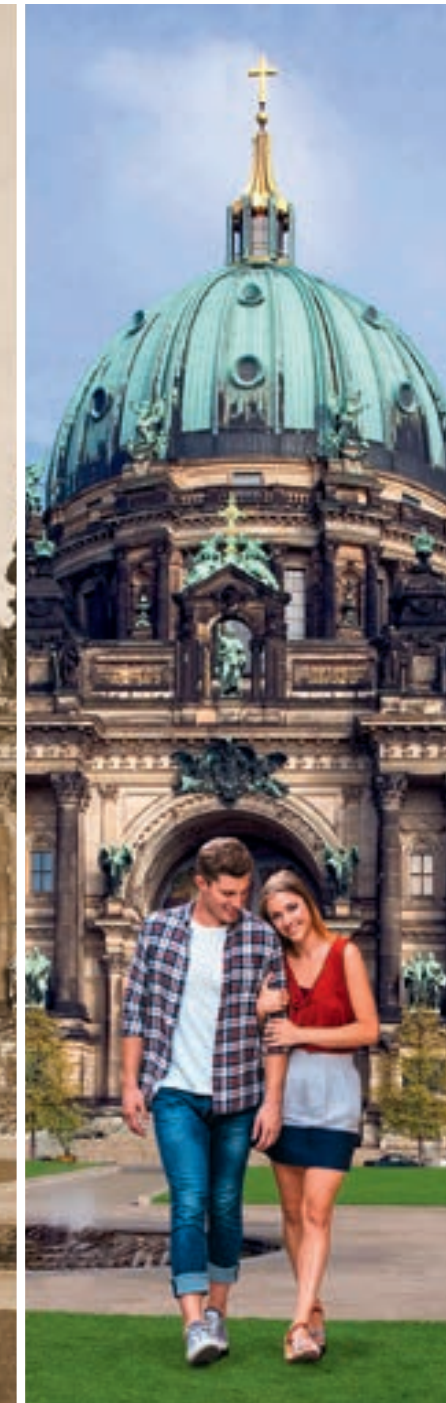
Nun aber gibt es mit Smart Robotics die erste Leiharbeitsfirma für Roboter – mit dem erklärten Ziel, Menschen in dieser Branche zu ersetzen. Smart Robotics verleiht modulare, rekonfigurierbare Roboter auf Ad-hoc-Basis für Arbeiten wie das Verpacken und Produktinspektionen an Unternehmen und nimmt sie nach getaner Arbeit wieder zurück.

Im Zug aus Greenwich – nach dem Ausflug mit dem Starship-Lieferroboter – wird dem Autor dieses Berichts klar, dass man nirgends um die Industrie 4.0 herumkommt, wenn die Jobs der On-Demand-Economy ebenso wie die der Pizzaboten „robotisiert“ werden. Dieser Gedanke geht einem schon in der London Docklands Railway durch den Kopf: Der Zug kommt ganz ohne Fahrer aus.  **Paul Marks**



„Die durch
Künstliche
Intelligenz (KI)
bedingte
Automatisierung
könnte in den
nächsten Jahr-
zehnten Millionen
Jobs kosten“

Dieser Artikel wurde
ursprünglich im Magazin
Technologist veröffentlicht.
Technologist wird von der
Presseagentur LargeNetwork
(www.largenetwork.com)
für die EuroTech Universities
Alliance produziert.




DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ
Wir bauen auf Kultur.



Retten Sie
Geschichte.
Spenden Sie
Zukunft.

Bewahren, was uns verbindet.

Denkmale verbinden Menschen über Ländergrenzen und Generationen hinweg miteinander. Sie stiften Identität, prägen das Werteempfinden, sind lebendige Orte der Erinnerung, Wahrzeichen, Mahnmale oder Zufluchtsorte. Denkmale sind mehr als nur Steine – sie sind

ein Stück unserer Heimat, die zu Stein geworden ist. Darum ist Denkmalschutz unser Dank an die Vergangenheit, die Freude an der Gegenwart und unser Geschenk an die Zukunft. Helfen auch Sie mit, dieses Geschenk zu erhalten.



Ihre Spende hilft!

Spendenkonto
Commerzbank AG
BIC: COBA DE 33 XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

www.denkmalschutz.de

EUROPÄISCHES
KULTURERBEIJAHR 2018
SHARING
HERITAGE

Die rasante Digitalisierung prägt alle Lebensbereiche. Sie ist weltweit eine treibende Kraft mit großen Chancen, aber auch mit gewaltigen Herausforderungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit verbunden ist aber auch die Sorge, dass die Arbeitslosigkeit steigen könnte. Selbstfahrende Autos, Reinigungsroboter und Lieferdrohnen stützen ebenso wie die zunehmende Automatisierung in der Produktion die Prognose, dass heute noch vorhandene Arbeitsplätze überflüssig werden. Die Unsicherheit ist groß, sowohl bei den Beschäftigten als auch bei Unternehmensleitungen.

In der öffentlichen Diskussion wird deshalb verstärkt eine neue Form der sozialen Absicherung gefordert, um die befürchteten negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu verhindern: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Dies bedeutet, dass jeder Bürger vom Staat, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage, eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche finanzielle Zuwendung erhalten würde, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Es erfolgt also keine Prüfung der Bedürftigkeit, eigenes Einkommen oder Vermögen wird nicht angerechnet. Auch die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit wird nicht gefordert. Was die Einkommenshöhe angeht, so werden meist Beträge ab 1.000 Euro pro Monat genannt. Nach der Einführung eines Grundeinkommens sollen dann im Gegenzug Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld entfallen.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle erfreut sich eines breiten Unterstützerkreises, auch in Deutschland. Bemerkenswert ist, dass sich auch namhafte Vertreter der deutschen Wirtschaft dafür aussprechen, zum Beispiel der dm-Gründer Götz Werner, der Siemens-Chef Joe Kaeser und der Telekom-Chef Timotheus Höttges. Sie alle eint die Überzeugung, dass solch ein Grundeinkommen

die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist. Arbeitslosigkeit würde nicht länger als Bedrohung oder als Belastung empfunden. Das Grundeinkommen würde die existenziellen Bedürfnisse absichern. Auch müsste sich niemand mehr als Bittsteller fühlen und seine Lebensumstände offenlegen. Dies wird als gesellschaftspolitischer Fortschritt gesehen. Die Befürworter weisen weiter darauf hin, dass der Einzelne mehr Freiheit gewinnen würde. Niemand wäre gezwungen, wenn sein Existenzminimum gesichert ist, belastende oder ungeliebte Tätigkeiten auszuüben. Er könnte sich im Gegenteil zum Beispiel im ehrenamtlichen Bereich engagieren und eine sinnstiftende Tätigkeit ausüben. Das Grundeinkommen ermögliche es jedem Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Es schaffe die Voraussetzung zur individuellen Freiheit und zur Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden. Auf den ersten Blick hat die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle also durchaus einen gewissen Charme. Niemand müsste sich mehr Sorgen um seine Zukunft machen, wenn eine ausreichende Höhe sichergestellt wäre. Auch die persönliche Freiheit für den Einzelnen würde zunehmen. Gleichwohl wiegen die Gegenargumente schwer.

Das am häufigsten genannte Problem ist die Finanzierbarkeit. Die Kosten werden von den Befürwortern in aller Regel nicht beziffert. Sie wären aber zweifellos sehr hoch. Schon die Einführung für einen Teil der Bevölkerung, etwa für 10 Millionen Bürger, hätte bei einem monatlichen Grundeinkommen von 1.500 Euro einen Jahresbetrag von 180 Milliarden Euro zur Folge. Ob und wie stark es gelingt, im Gegenzug andere Sozialleistungen zu kürzen, ist völlig offen. Ungeklärt ist auch die Frage, ob die europäischen Regeln der Freizügigkeit das finanzielle Risiko

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle wäre die Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip, einem bewährten Strukturprinzip des deutschen Sozialstaats. Eine Zukunftsoption ist das auf keinen Fall ...

Sozialstaat

/ BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN FÜR ALLE?

Ein Holzweg!

weiter erhöhen. Wäre eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme die Folge? Ebenso ist zum Beispiel unklar, wie dann in der Folge das Rentensystem und die Krankenversicherung umgestaltet werden sollen. Es wäre also ein gewaltiges finanzielles Wagnis, das heutige System auf ein Grundeinkommen umzustellen. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle wäre die Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip, einem bewährten Strukturprinzip des deutschen Sozialstaats. Staatliche Hilfen sollen nur diejenigen erhalten, die diese Hilfen auch benötigen, weil sie sich zum Beispiel in Notsituationen befinden. Eine staatliche Unterstützung auch für diejenigen, die selbst über ausreichend Einkommen oder Vermögen verfügen, würde nicht nur die Kosten in die Höhe treiben, sondern auch die Akzeptanz des Sozialsystems insgesamt gefährden. Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet auch, dass die Selbsthilfe Vorrang hat vor der Hilfe durch andere. Ein

Grundeinkommen, das keine eigene Anstrengung mehr einfordert, würde dem entgegenwirken. Es ist zu befürchten, dass die Anstrengungen von Einzelnen, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen oder sich entsprechend fortzubilden, deutlich nachlassen. Deshalb ist zum Beispiel in der katholischen Soziallehre der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ verankert. Auch die Grundthese, ein bedingungsloses Einkommen für alle würde die Lebensqualität verbessern und die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung erhöhen, ist zu hinterfragen. Hat nicht die Arbeit für den Einzelnen einen hohen Wert? Warum wurde in der Vergangenheit immer wieder das „Recht auf Arbeit“ gefordert? Für die meisten Menschen ist der Arbeitsplatz mehr als der Garant des monatlichen Auskommens. Arbeit bietet Struktur im Alltag, das Gefühl, gebraucht zu werden, etwas Sinnvolles zu tun. Arbeit ist mehr als Mühe und Last: Man trifft vertraute Menschen, tauscht Ideen aus, schafft sich ein Netzwerk. Es gibt verschiedene Indices, die die Lebenszufriedenheit und die Lebensqualität messen. Ein guter Job zählt dabei zu den wichtigsten Kriterien. Wichtig ist deshalb, dass es ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen gibt. Bei der Einführung eines staatlichen Grundeinkommens für alle bestünde allerdings die Gefahr, dass das Arbeitsangebot sinkt. Heute sehen sich die Unternehmen in der Verantwortung, mit Kreativität und Tatkraft Dienstleistungs- und Produktionsprozesse so zu gestalten, dass im Sinne guter Arbeit möglichst viel Beschäftigung entsteht. Diese Verantwortungsbereitschaft würde sinken, wenn die Arbeitslosigkeit als nicht besonders problematisch angesehen würde, weil es ja ohnehin das existenzsichernde Grundeinkommen gibt. Warum sollen Unternehmen in schwierigen Situationen ihre Mitarbeiter ständig weiterbilden, in lebenslanges Lernen investieren, wenn dies unter sozialen Gesichtspunkten eher zweitrangig ist? Für manche Manager und Unternehmer wäre das Grundeinkommen auch eine willkommene Hilfestellung, sich der Verantwortung für ihre Mitarbeiter zu entledigen. In einer ähnlichen Situation wären die Gewerkschaften: Warum sollen Arbeitnehmervertretungen gegen Entlassungen kämpfen, wenn die sozialen Folgen unproblematisch sind?

Es kommt hinzu, dass auch die Bereitschaft von jungen Menschen, in die Aus- und Fortbildung

zu investieren, leiden könnte. Gerade Kinder aus Problemfamilien, die mit sich und den Anforderungen ihrer Umwelt zu kämpfen haben, könnten auf der Strecke bleiben. Warum sich anstrengen, wenn der Lebensunterhalt ohnehin gesichert ist? Dies würde nicht nur ihnen selbst schaden, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt, wenn das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen sinkt. Eine Zukunftsoption für den deutschen Sozialstaat ist das Grundeinkommen auf keinen Fall. Natürlich hat der deutsche Sozialstaat auch seine Schwächen. Durch die Ankoppelung einzelner Sozialsysteme (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) an das Beschäftigungsverhältnis steigen die Lohnnebenkosten und damit die Arbeitskosten, was tendenziell beschäftigungshemmend ist. Auch die hohen Bürokratiekosten werden oft genannt. Aber: Der deutsche Sozialstaat ist ein elementarer Bestandteil unserer Sozialen Marktwirtschaft, er hat entscheidend zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beigetragen. Es ist auch im weltweiten Vergleich hervorragend gelungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit miteinander zu vereinbaren.

Für die nächsten Jahre kommt es darauf an, den deutschen Sozialstaat „zukunftsfest“ zu machen. Der demographischen Entwicklung, also der älter werdenden deutschen Gesellschaft, ist Rechnung zu tragen. Dazu gehört sicherlich auch die Frage, ob und wie einzelne Sozialleistungen „nachjustiert“ werden müssen. Und vor allem: Die Menschen müssen auf die Digitalisierung noch viel mehr als heute vorbereitet werden. Lebenslanges Lernen ist mehr denn je gefragt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle hat in dieser Zukunftsstrategie keinen Platz. 



Der Autor: Dr. Peter Witterauf, Jahrgang 1953, ist Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, München.

GLYPHOSAT

– EIN RISIKO

Glyphosat ist global das meistverwendete Unkrautbekämpfungsmittel. Es galt lange Zeit als umwelt-schonend und ungiftig. Jetzt verunsichern Negativkampagnen sowie Verbotsabsichten Landwirte und Verbraucher. Eine nüchterne Abschätzung der Vorteile und Risiken von Glyphosat scheint daher geboten.

Glyphosat wird in der EU – außer in Obstkulturen bzw. zur Vorerntebehandlung bei schwierigen Erntesituationen – nicht in Pflanzenbeständen eingesetzt. Es dient vornehmlich zur Unkrautbekämpfung vor der Saat bzw. dem Aufgang der Nutzpflanzen (auch bei Winterbegrünung zur Erosionsminderung). Das ist bei Pflugverzicht unumgänglich, weil dieser starke Verunkrautung nach sich zieht. Man beseitigt die Unkräuter mit Glyphosat, schont aber gleichzeitig wegen dessen kurzer Wirkungsdauer die nachfolgend auflaufende Saat (übrigens auch später keimende Unkräuter und das Bodenleben). So wird Direktsaat nach unterlassener oder minimaler Bodenbearbeitung möglich. Letztere ist wichtiger Bestandteil einer ressourcen- und umweltschonenden, nachhaltigen Landwirtschaft (weniger Wasser- und Treibstoffverbrauch, reduzierte Erosion und CO₂-Emission, Erhaltung der Bodenstruktur). Außerhalb der EU wird Glyphosat zudem in Pflanzenbe-

ständen mit gentechnisch erzeugter Glyphosat-Resistenz (z.B. Mais, Soja) angewendet. Kritiker meinen, dass das Herbizid die Gesundheit gefährde, Krebs erzeuge, Missbildungen, Organschäden oder Stoffwechselstörungen hervorrufe. Glyphosat verursache Resistenzbildung bei Unkräutern, verringere die Artenvielfalt und zerstöre Lebensräume („biologische Wüsten“). Im Folgenden wird diesen Einwänden nachgegangen.

Gefährdet Glyphosat Gesundheit und Umwelt?

a) Wie erfolgt die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln?

Die Auffindung von Rückständen sagt nichts über gesundheitliche oder ökologische Gefährdung aus. Die heutige Feinanalytik kann jeden Stoff in kleinsten Mengen überall nachweisen. Schon Paracelsus wusste, dass die Giftigkeit von der Konzentration abhängig ist. Deshalb erfolgen vor Zulassung jedes Wirkstoffs europaein-

heitlich eine detaillierte toxikologische Bewertung in Verbindung mit der zu erwartenden Exposition unter Einbezug des Anbauverfahrens, der Fruchtart und Nahrungsmenge und außerdem die Prüfung des Umweltverhaltens. Dazu gehören bei Mensch und Tier akute und chronische Toxizität, Aufnahme, Stoffwechsel und Ausscheidung, Allergie oder Krebs auslösendes Potenzial, Risiken für Erbgut, Nerven- bzw. Hormonsystem, Fortpflanzung und Embryonalentwicklung. Ferner wird die Wirkung auf frei lebende Organismen (darunter Regenwürmer, Insekten, Pflanzen, Pilze, Mikroben) nach international abgestimmten Richtlinien detailliert untersucht. Schließlich gilt die Aufmerksamkeit dem Verhalten in Boden, Gewässern, Sedimenten und Luft. Dabei ist noch nie ein Wirkstoff so gründlich und intensiv geprüft worden wie Glyphosat; es gibt dazu über 1500 wissenschaftliche Publikationen! Generell gilt, dass die Kosten für die Zulassung eines Wirkstoffs 150 bis 250 Mio. US-Dollar betragen.

In Deutschland wird die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) koordiniert. Beteiligt sind das Umweltbundesamt (UBA), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Julius-Kühn-Institut (JKI). Das UBA ist dabei für die Risikobewertung bezüglich Naturhaushalt und Grundwasser zuständig. Bei der nationalen Zulassung von Pflanzenschutzmitteln darf die Zulassung nur mit Zustimmung des UBA erfolgen. Letztere wird z. B. nur erteilt, wenn die Exposition von Mensch, Nutz- und auch Wildtieren die Schädigkonzentration um einen großen Sicherheitsfaktor unterschreitet (10- bis 1000-fach), die Umwelt nicht geschädigt wird und die Grundwasserkonzentration den Grenzwert von 0,1 µg = 0,1 Millionstel g/L nicht übersteigt.

b) Schaden Glyphosat und seine Rückstände der Gesundheit?

Glyphosat ist für Warmblüter ungiftig. Seine Toxizität gleicht derjenigen von Kochsalz. Es wird (falls überhaupt aufgenommen) in kurzer Zeit mit dem Urin ausgeschieden und reichert sich im Körper nicht an. Die Höchstdosen ohne Schadeffekt liegen bei Warmblütern zwischen 50 und 130 mg/kg Körpergewicht (KW). Dieser Wert wird durch Sicherheitsfaktoren von 100 – 1000 geteilt. Man erhält so die Grenzwerte für die höchstzulässige Exposition. Diese betragen in der EU bei Kurzzeiteexposition (1 Tag) 0,5 mg/kg KW, bei Langzeiteexposition (lebenslang duldbare tägliche Aufnahmemenge ohne Gesundheitsschäden) 0,3 mg/kg KW und für Anwender 0,2 mg/kg KW. Zur Risikoabschätzung wird geprüft, ob die Glyphosat-Aufnahme infolge Nahrungsaufnahme oder Ausbringung diese Grenzwerte für die höchstzulässige Exposition unterschreitet.

Um das abzusichern, werden für Nahrungs- und Futtermittel unter Einbeziehung der Verzehrsmengen maximale Rückstandsgrenzwerte (mg/kg Produkt) festgelegt, die bei ausreichendem Bekämpfungserfolg nicht überschritten werden dürfen. Diese betragen für Glyphosat in der EU bei Mais 0,3 mg, Sojabohne 7 mg/kg, Buchweizen bzw. Reis 0,1 mg/kg Produkt; bei Futtermitteln schwanken sie in der Regel um 10 – 20 mg/kg Produkt. Das heißt beispielsweise: Bei 60 kg Körpergewicht müsste man täglich 60 kg Mais (0,3 mg Rückstand/kg Produkt) verzehren, um den Expositionsgrenzwert zu erreichen. Lebensmittelanalysen des BfR 2016 (1400 Proben) zeigten, dass davon alle unter 1% des Grenzwertes lagen. Futtermittel enthielten (wenn überhaupt) zwischen 0,1 – 1%, Freilandproben (Mais, Gerste, Sonnenblumenkerne) weniger als 0,01 % der maximalen Rückstandsgrenzwerte. Daraus kann man sicher ableiten: Glyphosat-Rückstände gefährden die Gesundheit nicht. Auch Muttermilchanalysen (BfR 2016; 114 Proben) ergaben keine Glyphosat-Rückstände; ebenso wenig wie eine USA-Studie in einem Gebiet mit häufiger Glyphosat-Anwendung. Nur in einer wegen methodischer Mängel kritisierten Auftragsstudie der Grünen (16 Proben) wurden Rückstände in Höhe von 0,01% des Grenzwerts gefunden. Greenpeace-Angaben über Glyphosat-Gehalte im Urin lagen ebenso niedrig. Auch Rückstände des Herbizids im Bier (Presseangaben) unterschritten den Grenzwert um das 1000-fache. Dementsprechend wären 1000 Liter Bier/Tag nötig, um gesundheitlich bedenkliche Mengen aufzunehmen! Bei ordnungsgemäßer Anwendung beeinflusst Glyphosat Krankheits-

häufigkeit, Fortpflanzung und Fetalentwicklung nicht. Einzelberichte von Zellkulturschädigungen, Missbildungen von Tierembryonen oder Botulismus bei Rindern besitzen wegen stark überhöhter Glyphosat-Konzentration, direkter Injektion in Föten/Eiern oder mangelnder Signifikanz für Risikoabschätzungen in der Praxis keine Relevanz. Andere Arbeiten mit Nagern, Ziegen, Rindern, Hunden konnten sie nicht bestätigen.

c) Ist Glyphosat krebserregend?

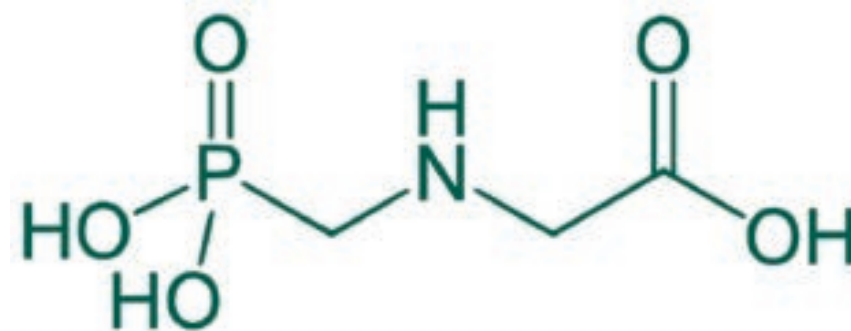
Das IARC (Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO)) stufte Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Diese Aussage ist allerdings nicht praxisrelevant. Da Anwendungsbedingungen bzw. Rückstands- und Verzehrsmengen außer Acht bleiben, wird das Risiko stark überschätzt. Das zeigt sich in der Liste von Stoffen, die das IARC als wahrscheinlich krebserregend einstuft, etwa Grapefruit, Äpfel, Gemüse, Teebeutel, Grillgut, frittiertes, gebratenes Essen, Thymian, Pfefferminze, Aloe, Zimt, Sonnenblumensamen, Seife, Shampoo, verschiedene Kosmetika, gesalzener Fisch, Holzstaub, Kokosnussöl und Kaffee. Letzterer wurde erst kürzlich von der Liste gestrichen, allerdings mit dem Hinweis, dass beim Trinken sehr heißen Kaffees Speiseröhrenkrebsgefahr nicht auszuschließen sei!

In neuen Bewertungen kamen unabhängige Fachleute und Bewertungsinstitutionen (z.B. BfR, European Food Safety Authority, weitere Studien mit Zehntausenden Probanden aus der Landwirtschaft) einheitlich zu dem Schluss, dass es für eine kanzerogene Wirkung von Glyphosat keine belastbaren Belege gibt.

d) Ist Glyphosat ökotoxisch und reichert es sich in der Umwelt an?

Das Herbizid ist z. B. für Säugetiere, Vögel, Regenwürmer und Bienen nicht toxisch. Fische reagieren zwar empfindlicher, sind jedoch wegen niedriger Konzentration des Herbizids in Gewässern nicht gefährdet. Gelegentliche Rückstände bei Wildtieren lagen um mehr als das 100-fache unter den Grenzwerten. Viele Bodenmikroben

„
Glyphosat-
Rückstände
gefährden
die Gesund-
heit nicht.“



nutzen Glyphosat als Nährstoffquelle. Allerdings kann die Umwandlung von Ammonium oder Harnstoff zu Nitrat im Boden durch Glyphosat und damit die Stickstoffauswaschung vorübergehend gemindert werden; für den Umweltschutz ein positiver Befund! Für Pilze gibt es widersprüchliche Resultate; hier besteht noch Forschungsbedarf. Dennoch: Unter dem Strich ist Glyphosat als nicht ökotoxisch einzustufen. Das Herbizid wird im Boden (Humus, Bodenminerale) stark absorbiert, durch Mikroben schnell abgebaut und kaum ausgewaschen. In Gewässern unterliegt Glyphosat einem hydrolytischen Abbau. Man findet in Grundwasser und Gewässern (wenn überhaupt) Rückstände, die deutlich unter den Grenzwerten liegen. Es findet keine Anreicherung in der Umwelt statt.

e) Führt Glyphosat zur Resistenzbildung bei Unkräutern?

Häufige Glyphosat-Anwendung im Pflanzenbestand kann Unkrautresistenz gegen dieses Herbizid hervorrufen. Das ist ein Problem jeglicher Pflanzenschutzmittel-Anwendung oder Resistenzzüchtung. Beide sind stets im Wettlauf mit der Resistenzbildung, da sie die empfindlichen Individuen vermindern und so den unempfindlichen Vermehrungsvorteile verschaffen, sodass nach einiger Zeit wieder neue Wirkstoffe/Sorten notwendig werden. Glyphosatresistenz ist bei uns praktisch kein Problem, weil Glyphosat auf derselben Fläche jährlich maximal zweimal im Abstand von mindestens 90 Tagen bis zu einer Gesamtmenge von 3,6 kg/ha appliziert werden darf und nur kurzzeitig wirkt.

f) Zerstört Glyphosat Artenvielfalt und Lebensräume?

Im Nutzpflanzenbestand muss Unkrautkonkurrenz kontrolliert werden, weil sonst nur niedrige Erträge schlechter Qualität erzielbar sind. Dies führt (ob durch Hacken, Jäten oder Pflanzenschutzmittel) zur Biodiversitätsverminderung auf dem Feld. Mit Glyphosat hat das nichts zu tun: Da es bei uns zur kurzfristigen Unkrautfreiheit des Saatbetts dient, nicht ökotoxisch und rasch abbaubar ist, schont es Artenvielfalt bzw. Lebensräume im Vergleich zu vielen anderen Maßnahmen. Die wirkliche Gefahr für die Artenvielfalt liegt in der „Ausräumung“ der Landschaft.

Welche Konsequenzen hätte ein Glyphosat-Verbot?

Glyphosat-Verzicht würde wirtschaftliche Einbußen (EU 1,4 Md. €; Deutschland 80 – 200 Mio. € jährlich) und Ertragsverluste (5-10%) bewirken. Zum Ausgleich müssten die Anbauflächen um 2,4 Mio. ha erweitert oder (da diese bei uns nicht verfügbar sind) äquivalente Lebens- und Futtermittelmengen zusätzlich importiert werden. Ferner wären empfindliche Abstriche beim Boden-, Erosions- bzw. Umweltschutz hinzunehmen. Zur Beibehaltung reduzierter Bodenbearbeitung müsste Glyphosat durch öko- oder toxikologisch bedenkliche Herbizide (z. B. die im Biolandbau übliche Pelargonsäure) ersetzt werden. Alternativen wären mechanische Unkrautkontrolle oder Wiedereinführung des durchgängigen Pflügens mit um 25% erhöhtem Treibstoffverbrauch und Schädigung des Bodenlebens.



Der Autor: **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union. Als Wissenschaftler war er an der Universität Jena und der Uni Halle-Wittenberg sowie am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit (heute Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung) in Müncheberg tätig.

Fazit

Glyphosat ist bei sachgerechter Anwendung für Mensch und Tier ungiftig. Rückstände (sofern vorhanden) liegen weit unter den zulässigen Grenzwerten. Obwohl das Herbizid seit über 40 Jahren eingesetzt wird, gibt es keinen belastbaren Beweis für schädliche Effekte beim Menschen. Anderslautende Einzelberichte sind der Nichtbeachtung wissenschaftlicher Grundkriterien (z. B. überhöhte Dosen, artifizielle Versuchsbedingungen, fehlende Statistik, keine Fehlerbetrachtung bzw. Vergleichsgruppen, zu geringe Individuenzahl) geschuldet und daher nicht geeignet für die Risikobewertung. Glyphosat wird im Boden kaum ausgewaschen, ist durch Mikroben leicht abbaubar, reichert sich nicht in Lebewesen, Böden und Wasser an und beeinflusst Vegetation, Böden und Lebensräume praktisch nicht. Die Ablösung von Glyphosat würde Abstriche beim Boden-, Erosions- bzw. Umweltschutz und wirtschaftliche Einbußen nach sich ziehen. Sein Nutzen übersteigt bei weitem denkbare Risiken. Ein Glyphosatverbot wäre vor diesem Hintergrund sachlich falsch.

Eine Literaturliste zum Artikel kann bei der Souverän-Redaktion kostenlos angefordert werden.

DIE ERDE IST EINE SCHEIBE



Heute wissen wir, dass sie es nicht ist. In der Menschheitsgeschichte gab es immer schon Wahrheiten, die manch einer erst im Nachhinein als solche anerkannt hat. Sich an veralteten Konzepten festzuhalten, hat offensichtlich noch niemanden weitergebracht.

Deshalb haben wir von DocMorris keine Angst vor dem Fortschritt.

Unser Markenversprechen lautet: „Fortschritt und Verantwortung für unsere Kunden.“ Es unterstreicht den Anspruch des Unternehmens als Treiber und Vordenker von zukunftsorientierten Lösungen im Gesundheitsbereich. Ziel ist es diese für alle verfügbar zu machen und nicht zu blockieren. Das gilt insbesondere für den Versand rezeptpflichtiger Medikamente.

© MOHR UND MORE

Schulte Haus-Rollator

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht
- ✓ persönlich - verschiedene Farbtöne

Jetzt Prospekt anfordern!

0800 200 6004
gebührenfrei anrufen

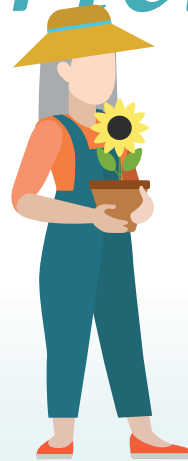
www.haus-rollator.de

Made in Germany

Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Straße 96 | 33397 Rietberg | NRW

DocMorris
Die Apotheke.

/ Gesund ÄLTER WERDEN



Viele gesunde Lebensjahre ermöglichen – das ist das Ziel der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Gesundheitsforschung. Ein Beitrag von Thomas Rachel, dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Den Ruhestand in Gesundheit genießen, Zeit mit ihrem Hobby verbringen oder auch mit den Enkelkindern spielen – so wünschen sich viele Menschen das Älterwerden. Ältere Menschen haben heute bessere Aussichten auf ein solches Leben als frühere Generationen. Sie sind geistig und körperlich leistungsfähiger und fühlen sich wohler als Gleichaltrige noch vor 20 Jahren. Die steigende Lebenserwartung geht also erfreulicherweise auch mit mehr gesunden Lebensjahren einher. Dies ist auch auf eine Gesundheitsforschung zurückzuführen, die medizinischen Fortschritt erst möglich macht.

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Gesundheitsforschung setzt deshalb bereits dann an, wenn noch keine Krankheit vorliegt. Die Forschung beschäftigt sich damit, wie Krankheiten vorgebeugt und der Krankheitsbeginn verzögert werden kann. So wird im Projekt AgeWell.de erprobt, welche vorbeugenden Maßnahmen tatsächlich gegen Alzheimer-Demenz helfen.

Im Fokus stehen Patientinnen und Patienten, die ein erhöhtes Risiko haben, an einer Alzheimer-Demenz zu erkranken. Ihnen wird ein breitgefächertes Programm mit verschiedenen Komponenten angeboten, um Körper, Geist und Psyche zu stärken. Dazu gehören neben einem maßgeschneiderten Gehirntaining beispielsweise eine Ernährungsberatung und ein körperliches Trainingsprogramm. Auch die Ausweitung sozialer Aktivitäten wird gemeinsam mit den Teilnehmenden geplant. Der Beitritt zum Senioren- oder Sportverein vor Ort oder ein neues Hobby können als Möglichkeit genutzt werden, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Während

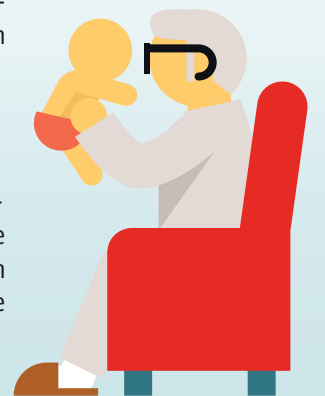
der Studie werden die Teilnehmenden umfassend betreut: Hausärzte und weiteres medizinisches Fachpersonal kümmern sich um alle Belange, die mit dem Studienprogramm im Zusammenhang stehen. So können hoffentlich die tiefgreifenden Einschränkungen im Alltag, die eine Demenz mit sich bringt, verzögert werden.

Gerade Stürze haben mit zunehmendem Alter häufig schlimme gesundheitliche Folgen. Diesem Krankheitsrisiko begegnen Forschende unter der Koordination der Universität Heidelberg im Projekt LiFE-is-LiFE. Sie testen die Wirksamkeit eines Programms zur Prävention von Stürzen bei älteren Menschen. Dieses Programm hat sich in Einzeltrainings bereits als wirksam erwiesen und soll

nun mehr Menschen zugänglich gemacht werden. Die Teilnehmenden erlernen in Gruppen Übungen, die sie in Alltagstätigkeiten wie Haus- und Gartenarbeit oder Einkaufen integrieren können. Das Aufhängen der Wäsche kann so zu einer Kräftigungsübung werden, während beim Zähneputzen die Balance trainiert wird. Durch diese verschiedenen Übungen soll das Sturzrisiko reduziert und so ein möglichst langes gesundes, eigenständiges Leben ermöglicht werden.

Oft sind Erkrankungen jedoch nicht zu verhindern. Wenn eine Krankheit vorliegt, wünscht sich jeder Mensch eine Behandlung, die bei ihm optimal wirkt und möglichst wenige Nebenwirkungen hat. Bei älteren Menschen kann dies jedoch kompliziert sein. Sie leiden oft an verschiedenen Erkrankungen gleichzeitig und müssen deshalb mehrere Medikamente einnehmen. Deren Auswirkungen können sich jedoch gegenseitig beeinflussen. Einige Medikamente wirken zudem bei älteren Menschen anders als bei jungen Menschen – meist länger und stärker, was zu unerwünschten Nebenwirkungen führen kann. Um älteren Menschen eine Therapie zu ermöglichen, die ihre Bedürfnisse und körperliche Verfassung berücksichtigt, haben Forscherinnen und Forscher der Universität Witten/Herdecke die PRISCUS-Liste entworfen. Diese enthält Wirkstoffe, die für ältere Menschen potenziell ungeeignet sind und weist auf besser verträgliche Wirkstoffe hin (s. Infokasten). In demselben Forschungsprojekt wurden auch Leitlinien für die Behandlung von Mehrfacherkrankungen erstellt. Diese sollen Ärztinnen und Ärzte bei der optimalen Behandlung von älteren Menschen unterstützen.

Der Zugang zu einer umfassenden medizinischen und pflegerischen Versorgung ist für erkrankte Menschen essenziell und Grundstein für eine möglichst hohe Lebensqualität. Dazu gehört ein langes Leben in den vertrauten eigenen vier Wänden. Die Mobilität vieler älterer Menschen ist



Infos zur PRISCUS-Liste

Zu den bei älteren Menschen häufig auftretenden Beschwerden gehören Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stoffwechselstörungen, Schmerzen und Depressionen. Wirkstoffe, die bei solchen und weiteren Erkrankungen eingesetzt werden, können bei älteren Menschen verstärkt zu Nebenwirkungen wie Übelkeit, Verwirrung und Schlafstörungen führen. Auf solche möglichen Nebenwirkungen weist die PRISCUS-Liste hin und nennt Wirkstoffe, die ältere Menschen besser vertragen. Ein Beispiel sind Medikamente gegen zu hohen Blutdruck. Einige enthalten Wirkstoffe, etwa Alphablocker, die nicht nur an den Blutgefäßen und am Herzen, sondern auch im Gehirn wirken. Sie können als Nebenwirkung deshalb unter anderem Schwindel und Kreislaufprobleme auslösen. Besser verträgliche Alternativen stellen zum Beispiel die sogenannten Betablocker dar. Die PRISCUS-Liste ist zu finden unter https://www.bmbf.de/pub/Medikamente_im_Alter.pdf oder kann beim Publikationsversand der Bundesregierung (Postfach 481009, 18132 Rostock; Tel.: 030/182722721) als Heft bestellt werden.

Weitere Infos unter:

www.bmbf.de
www.gesundheitsforschung-bmbf.de
www.priscus.net
www.atmosfera.org

jedoch eingeschränkt. Zusätzlich erschweren chronische Erkrankungen den Gang zum Arzt. Um auch kranken oder gebrechlichen älteren Menschen ein langes Verbleiben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen, kommen in der Gesundheitsforschung neueste Technologien zum Einsatz. Im BMBF-geförderten Forschungsprojekt ATMO-SPHÄRE kooperiert Philips-Medizin-Systeme mit Partnern wie der Technischen Universität Dresden und dem Roten Kreuz. Gemeinsam entwickeln sie eine IT-Plattform, mit der eine umfassende Versorgung möglich werden soll. Medizinische, pflegerische und soziale Dienstleistungen aus der Region werden miteinander vernetzt. Die Teilnehmenden können sowohl die sogenannte telemedizinische Versorgung als auch die Vermittlung von medizinischen Hilfeleistungen in Anspruch nehmen. Sie übermitteln ihre selbständig gemessenen Werte zu Blutdruck, Puls oder Gewicht über die Plattform an den Arzt und werden bei Auffälligkeiten kontaktiert. Dadurch können beispielsweise chronisch Kranken einige Routineuntersuchungen beim Arzt erspart werden. Der persönliche Kontakt zum Hausarzt bleibt bestehen und in Gefahrensituationen kann dieser rasch einen Hausbesuch abstatten.

Täglich sind mehrere Millionen Menschen in Deutschland auf Pflege angewiesen. Mit neuen Pflegetechnologien können wir den Alltag von Pflegebedürftigen wie auch der Pflegekräfte und pflegenden Angehörigen erleichtern. Hierzu haben wir im Januar 2018 vier neue Pflegepraxiszentren gestartet. In den vier Zentren in Hannover, Freiburg, Nürnberg und Berlin wird der Einsatz moderner Technologien im Pflegealltag erprobt. Damit schaffen wir die Möglichkeit, gemeinsam neue Wege einzuschlagen – Pflegebetten, die mittels Sensorik die Liegeposition des Patienten anpassen, Desinfektionsroboter, Reduzierung der Lärmbelastung in der Intensivpflege sind nur einige Beispiele. Die Technik unterstützt den Menschen und schafft mehr Freiheiten und mehr Lebensqualität.

Die Gesundheitsversorgung steht – auch angesichts des demografischen Wandels – vor großen Herausforderungen. Es gehört zu den Aufgaben der Gesundheitsforschung, Lösungen für diese drängenden Fragen zu finden. Das BMBF wird mit seiner Forschungsförderung auch zukünftig die Themen adressieren, die für die Gesundheit und Versorgung von älteren Menschen von besonderer Bedeutung sind. Forschung für die Menschen ist unser Leitmotiv. Die sehr gute Gesundheitsversorgung, die wir in Deutschland haben, basiert auf Erfolgen in der Gesundheitsforschung und wird auch in Zukunft von diesen getragen.



Der Autor:
Thomas Rachel MdB
 ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

WARUM ES EIN *eigenes Fach* BRAUCHT ...

Brauchen wir ein eigenes medizinisches Fach, das sich speziell dem älteren Menschen und seinen besonderen Einschränkungen widmet? (siehe auch Sonderveran 4/2017, Seite 25-33)



Jenseits des 80. Lebensjahres ist so manches anders. Bereits zwischen dem 20. und dem 70. Lebensjahr sind am Körper und an unseren Organen zahlreiche altersbedingte Veränderungen zu beobachten. Beispielsweise sei auf den Abbau der Skelettmuskulatur verwiesen. Bis zum 80. Lebensjahr hat der Mensch im Mittel etwa 40% seiner Muskulatur eingebüßt. Es ist nun nicht überraschend, dass der Verlust an Muskulatur und Muskelkraft zu einem bestimmten Zeitpunkt eine kritische Schwelle erreichen kann, jenseits deren der Mensch seinen Alltagsanforderungen, wie Einkaufstüten zu tragen, eine Treppe zu steigen oder sich aus dem Stuhl zu erheben, nicht mehr gerecht werden kann.

Die Abnahme von Muskelmasse und Muskelkraft ist nur ein Beispiel. Ebenso ist bei den meisten Menschen mit steigendem Lebensalter eine deutliche Abnahme der Nieren- und Leberfunktion zu beobachten. Diese ist dann von besonderer Bedeutung, wenn es um die Medikamentenverträglichkeit geht. Ältere Menschen nehmen aufgrund des parallelen Auftretens von mehreren chronischen Erkrankungen oftmals zahlreiche Medikamente gleichzeitig ein. Deren Wechselwirkungen und deren generelle Verträglichkeit erfordern eine große Aufmerksamkeit seitens der behandelnden Ärzte, damit die Risiken der Medikamente nicht ihren Nutzen übertreffen.

Der ältere Mensch ist zudem durch zahlreiche Erkrankungen gefährdet, die im jüngeren Lebensalter nahezu keine Bedeutung besitzen,

etwa der Abbau der geistigen Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Demenz oder eines Delirs, das Auftreten einer Inkontinenz oder auch Ernährungsprobleme sowie die Folgen einer Osteoporose.

Der ältere Mensch und seine Lebensqualität im Mittelpunkt

Während es bei jüngeren Patienten ärztlicherseits meist ausreichend ist, sich auf die Behandlung einer akuten oder chronischen Erkrankung zu konzentrieren, erweitert sich mit steigendem Alter das Spektrum der ärztlichen Behandlung hin zur gleichzeitigen Behandlung mehrerer akuter und/oder chronischer Erkrankungen, der sogenannten Multimorbidität. Die Geriatrie, zutreffend übersetzt mit dem deutschen Wort Altersmedizin, ist in Deutschland immer noch ein verhältnismäßig junges Fach, welches den älteren Patienten und den Erhalt seiner Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt. Die weit überwiegende Mehrzahl der in geriatrischen Abteilungen behandelten Patienten hat bereits das 80. Lebensjahr überschritten und ist zudem durch ihr hohes Risiko für einen Verlust der Fähigkeiten gekennzeichnet, die es ihnen gestatten, ihr Leben selbstständig zu bewältigen.

Die wissenschaftliche medizinische Literatur zu den Besonderheiten des älteren Patienten wächst rasant. Es ist für den nicht auf die Altersmedizin spezialisierten Arzt nahezu unmöglich, ihr zusätzlich zur Lektüre seines Faches regelmäßig zu folgen. Es braucht daher

auch aus diesem Grund einen Spezialisten für die Medizin des Alters. Die Zeiten, in denen ein Arzt das Wissen der gesamten Medizin auf sich vereinen kann, sind längst vorbei. Das Streben der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie (DGG) nach einem Facharzt für Geriatrie sollte daher auch für den Laien nachvollziehbar sein.

Die besondere Aufgabe der Geriatrie liegt darin, dass sie ihren Behandlungsfokus bei älteren Patienten auf den Erhalt und gegebenenfalls die Wiedergewinnung ihrer funktionellen Fähigkeiten – Gehen, Treppe steigen, Anziehen, Körperhygiene etc. legt, denn ohne diese Fähigkeiten ist ein selbstbestimmtes Leben nicht möglich. Für ihren Erhalt ist ein meist permanentes Training erforderlich, welches der Alltag eines älteren Menschen unbewusst beinhaltet. Im Krankenhaus fällt dieses Training aufgrund der zur Aufnahme führenden Erkrankung und den Gegebenheiten des Krankenhausalltags weg. So haben Studien gezeigt, dass ältere Krankenhauspatienten gewöhnlich etwa 97% des Tages im Bett verbringen. Ein wesentliches Behandlungskonzept der Geriatrie besteht darin, neben der Behandlung der zur Krankenhausaufnahme führenden Erkrankungen, dem drohenden muskulären Abbau und dem Funktionsverlust bei älteren Patienten entgegenzuwirken. Dies gelingt nur im interdisziplinären Team. Dieses besteht neben den Ärzten unter anderem aus den Pflegenden, den Physiotherapeuten, den Ergotherapeuten, den Logopäden und den Mitarbeitern des Sozialdienstes.

Leuchtturmprojekt in Berlin

„Wir sind stolz, dass die Arona-Klinik Teil des zukunftsweisenden ukb-Gesundheitscampus sein wird“, erklärt Klinik-Visionär Nikolai Burkart, Geschäftsführer des Bauherrn DZG (Deutsches Zentrum für Geriatrie) Berlin GmbH. Das 30-Millionen-Euro-Projekt wird derzeit in Kooperation mit dem Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) realisiert. Die Klinik soll der geriatrischen Unterversorgung im Bezirk entgegenwirken, da bis 2020 fast jeder vierte Marzahn-Hellersdorfer im Rentenalter sein wird. Ältere Patienten des ukb sowie anderer Kliniken und Ärzte können voraussichtlich ab dem 1. Dezember 2018 nach ihrer Akutbehandlung unkompliziert in der Arona Klinik weiterbehandelt werden.



Copyright: iaw-online

Der Autor: Prof. Dr. Jürgen M. Bauer vom Agaplesion-Bethanien-Krankenhaus in Heidelberg hat eine Professur für Geriatrie an der Universität Heidelberg.

Die Bewahrung der Selbständigkeit älterer Patienten durch die Behandlung in einer geriatrischen Abteilung ist zudem von großer gesellschaftlicher Relevanz. Angesichts der aktuellen Diskussion um den Pflegenotstand gewinnt die Geriatrie zusätzlich an Bedeutung, da sie als eine Antwort auf diese große Herausforderung verstanden werden kann, denn auch in Anbetracht der begrenzten Zahl Pflegenden muss die Selbstversorgung älterer Menschen möglichst lange gesichert werden.

Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung geriatrischer Versorgungsstrukturen

Um die Behandlungsqualität im erforderlichen Umfang zu sichern, bedarf es jedoch auch einer adäquaten Vergütung. Gerade in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation vieler Krankenhäuser kann nur geleistet werden, was eine ausreichende finanzielle Entgeltsituation zur Grundlage hat. Dies bedeutet für die Teambehandlung in der Akutgeriatrie gegenwärtig lediglich eine Vergütungsoption im Rahmen einer frührehabilitativen Komplexbehandlung. Der zeitliche Rahmen derselben ist nicht flexibel gestaltbar. Die Durchführung einer geriatrischen frührehabilitativen Komplexbehandlung ist an umfangreiche Bedingungen geknüpft. Nicht jeder Patient erfüllt dabei die Voraussetzungen für diese Form der Behandlung. Außerhalb derselben wird der Einsatz der Therapeuten (Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie etc.) nur sehr eingeschränkt vergütet. Diese Umstände erschweren in hohem Maß die im Interesse des Patienten erforderliche Individualisierung der Therapie.

Wenngleich in Deutschland ein erfolgreicher Anfang für eine gute geriatrische Versorgung ermöglicht wurde, sind die für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen Strukturen noch nicht ausreichend entwickelt. Es bedarf des Erhalts des vorhandenen Angebots sowie der Einrichtung zusätzlicher Angebote, die es gestatten, die Funktionalität des älteren Patienten über die stationäre Betreuung hinaus zu sichern. Dabei muss betont werden, dass auch ein ambulant-rehabilitativer Ansatz die Betreuung der geriatrischen Patienten durch einen Geriater benötigt.

Zum Nachteil der Weiterentwicklung unseres Faches finden gegenwärtig in den Bundesländern

unterschiedliche Geriatriekonzepte Anwendung. Vereinfacht zusammengefasst, weist die Mehrzahl der Bundesländer ein gestuftes Behandlungskonzept aus akutergeriatrischer Behandlung und stationärer geriatrischer Rehabilitation auf, welches es ermöglicht, dem individuellen Bedarf des betagten Patienten in besonderer Weise gerecht zu werden. Demgegenüber findet sich eine kleinere Zahl von Bundesländern, in denen lediglich akutergeriatrische Einrichtungen existieren, sodass eine stationäre geriatrische Rehabilitation nicht möglich ist. Wird nun über die geriatrische Versorgung in Deutschland diskutiert, ist es wichtig, sich auf eine der beiden vorhandenen Strukturen zu beziehen, da generalisierte Aussagen als nichtzutreffend bezeichnet werden müssen. Durch undifferenzierte Stellungnahmen dieser Art wurden leider im letzten Jahr die Geriatrie und mit ihr die hier tätigen ärztlichen und nichtärztlichen Mitarbeiter in nicht vertretbarer Weise kritisiert. Mittelfristig ist mit einer stärkeren Vereinheitlichung der geriatrischen Versorgungslandschaft zu rechnen, welche die Kommunikation mit der Politik und den Krankenkassen erleichtern wird.

In der Geriatrie zu arbeiten erfordert ein besonderes Verständnis und ein besonderes Engagement für den älteren Patienten. Es ist oftmals nicht leicht, den existierenden, bisweilen hohen Erwartungen gerecht zu werden. Aufgrund der körperlichen Gebrechen unserer Patienten ist die Arbeit der Pflegenden und Therapeuten anstrengend. Die Kommunikation mit den Patienten und ihren Angehörigen gestaltet sich oftmals insbesondere mit Hinblick auf die poststationäre Versorgung umfangreich. Gern nehmen Geriater und die anderen Berufsgruppen diese Herausforderungen an. Jedoch bedarf es einer angemessenen personellen Ausstattung, damit die an uns gestellten Aufgaben erfüllt und die Ziele unserer Patienten – Lebensqualität und Autonomie – erreicht werden können. Die geriatrischen Strukturen müssen weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden. Dies schließt auch die Sicherung attraktiver Arbeitsplätze für die in der Geriatrie Tätigen ein. Bei pflegerischer, therapeutischer und ärztlicher Überforderung wird sich die Zukunft des Altwerdens in unserer Gesellschaft andernfalls düster gestalten. Bitte bedenken Sie, es ist unsere aller Hoffnung, auch im Alter gemäß unseren spezifischen Bedürfnissen medizinisch gut versorgt zu werden. ■

Altersarmut

! Rente

ALLEIN MACHT NICHT GLÜCKLICH



Viele Menschen leben im Alter allein, haben kaum noch Bezugspersonen. Ob bedingt durch Krankheit, Tod des Partners, Kinder, die weggezogen sind, Einsamkeit ist auch eine Form der Altersarmut. Souverän sprach darüber mit Professor Francois Höpflinger von der Universität Zürich.

Souverän: Herr Professor Höpflinger, Sie forschen seit langem zu Alters- und Generationenfragen. Welchen Stellenwert nimmt dabei die soziale Altersarmut, sprich Einsamkeit, ein?

Prof. Höpflinger: Soziale Isolation und Einsamkeit im höheren Lebensalter sind ein wichtiges Thema. Neben dem Tod wichtiger Bezugspersonen (Partner, Freunde) führen im Alter auch Einschränkungen von Mobilität oder Hör- und Sehvermögen zur Vereinsamung. Unter Einsamkeit im Alter leiden oft vor allem ältere und alte Menschen, die schon früher wenige soziale Kontakte pflegten (z.B. Paare, die zu stark auf die Zweierbeziehung bezogen sind und außerfamiliäre Beziehungen vernachlässigten, stark beruflich konzentrierte Personen, die nach der Pensionierung ohne Beziehungen dastehen). Auch wirtschaftliche Armut führt im Alter oft zu einem sozialen Rückzug (da kein Geld für außerhäusliche Kontakte vorhanden ist).

Das Fehlen von Vertrauenspersonen und fehlende soziale Unterstützung verringern nicht nur das Wohlbefinden, sondern können auch gesundheitliche Probleme verstärken. Einsame alte Menschen beispielsweise ernähren sich schlechter, wogegen gemeinsames Essen – etwa durch Senioren-Mittagstische – Lebensqualität und Gesundheit im Alter verbessern. Selbstständiges Leben im Alter ist länger möglich, wenn alte Menschen von nachbarschaftlicher Unterstützung profitieren. Neuere Studien weisen zusätzlich darauf, dass eine gezielte Pflege von sozialen Beziehungen im Alter das Risiko demenzieller Erkrankungen verringert.

Nimmt die Einsamkeit älterer Menschen nach Ihrer Beobachtung zu?

Die vorliegenden Studienergebnisse aus Deutschland und der Schweiz weisen darauf, dass Einsamkeit im Alter – im Gegensatz zu einer häufigen Annahme – eher abgenommen als zugenommen hat. In einer 2017 durchgeführten Erhebung erwähnten nur 10% der befragten 65-jährigen Menschen in Deutschland, hier und da oder häufig einsam zu sein, deutlich weniger, als in Frankreich (31%) oder den USA (20%) beobachtet wurden. In Deutschland – ebenso wie in der Schweiz – verfügen heutige ältere Menschen häufiger als früher über enge Freunde und gute Beziehungen zu Enkelkindern. Bei den 65- bis 79-jährigen haben auch erhöhte Mobilität, bessere Gesundheit und Nutzung digitaler Kommunikationsformen dazu beigetragen, dass sich insgesamt gesehen der Anteil an Frauen und Männern mit guten Sozialbeziehungen deutlich erhöht hat.

Im hohen Alter (80+) wird Einsamkeit allerdings häufiger, oft bedingt durch gesundheitliche Einschränkungen, die außerhäusliche Kontakte erschweren. Allerdings fühlen sich selbst sehr alte Menschen heute weniger oft einsam als früher. Während in der Region Heidelberg die 1901 geborenen Hundertjährigen zu 55% als vereinsamt einzustufen waren, waren dies bei den 1912 geborenen Hundertjährigen noch 40%. In sehr hohem Alter kann speziell das Fehlen von Gleichaltrigen zum Gefühl einer existenziellen Einsamkeit beitragen (z.B. weil alle Gleichaltrigen mit demselben kulturellen Hintergrund schon verstorben sind).

Ein Meer an Kontakten ist nicht immer positiv, sondern entscheidend ist die Qualität von Kontakten.

Woran kann man solche Entwicklungen messen?

In der Altersforschung wird unterschieden zwischen Einsamkeit (als gefühlte soziale Situation) und sozialer Isolation (als Fehlen sozialer Kontakte). Gerade im Alter sind Isolation und Einsamkeitsgefühle nicht deckungsgleich: Einige alte Frauen und Männer haben objektiv gemessen wenige soziale Kontakte, fühlen sie aber nicht einsam. Im Alter ist die Qualität der Beziehungen wichtiger als die Quantität, und nicht wenige alte Menschen reduzieren ihre Beziehungen gezielt auf wesentliche Freundschaften und Angehörige. Andere Menschen haben viele Kontakte – etwa zu ihren

Kindern und Enkelkindern – fühlen sich jedoch einsam, weil sie sich nicht verstanden fühlen. Speziell im hohen Alter können sich alte Frauen und Männer vereinsamt fühlen, weil sie in einer Nachbarschaft leben, die von sehr viel jüngeren Menschen – mit völlig anderen Generationenhintergründen – bestimmt wird.

Ist der Gang ins betreute Wohnen oder ins Altersheim für viele ein probates Mittel, oder sind die Bewohner dort so einsam wie vorher?

Betreute Wohnformen oder Pflegezentren sind theoretisch ein Mittel, um wieder, unter die Leute' zu kommen. Teilweise fühlen sich alte Menschen in einer gutbetreuten Alterssiedlung oder einem Pflegezentrum sozial wieder gut eingebunden, auch weil sie wieder mit gleichaltrigen Menschen kommunizieren können oder junge Pflegefachpersonen sie aktivieren. Umgekehrt kann eben der Wechsel vom Alleinsein in eine Alterssiedlung oder ein Pflegeheim zu einer, kommunikativen Überforderung' führen: Plötzlich ist man mit vielen – oft fremden – Menschen zusammen, und man fühlt sich eingeeengt. Deshalb sind bei betreuten Wohnformen und Altersheimen Rückzugsorte ebenso wichtig wie Begegnungsorte.

Ebenso wie früher sind auch im Alter die Kontaktbedürfnisse sehr unterschiedlich: So haben viele alte Frauen Freude, wenn sie regelmäßig von Kindern besucht werden (und sie mit ihnen Kuchen backen können). Andere alte Menschen finden Kinder 'zu anstrengend' oder sie werden an ihre eigene verlorene Kindheit erinnert. Sehr alte Menschen haben gern Besuch, aber nur, wenn der Besuch nicht zu lange dauert. Ein Meer an Kontakten ist nicht immer positiv, sondern entscheidend ist die Qualität von Kontakten.

Altersarmut ist also mehr als nur ein leeres Konto. Wie sollte, wie kann überhaupt Politik auf das Problem reagieren?

Eine gute wirtschaftliche Absicherung im Alter ist und bleibt ein zentraler Punkt: Wenn Menschen im Rentenalter wirtschaftlich abgesichert sind, bleiben sie länger aktiv,

Einsam im Alter

Einsamkeit ist das neue Rauchen: Eine Auswertung von 148 Studien zeigt, dass Isolation und Single-Dasein eher zu einem vorzeitigen Tod führen. Auf dem Jahrestreffen der Amerikanischen Psychologen-Gesellschaft Anfang September 2017 wurden mehrere Studien zum Thema Einsamkeit präsentiert. Dabei kam heraus, dass Menschen mit vielen Sozialkontakten ein um 50 Prozent geringeres Risiko haben, früh zu sterben. Die Psychologin Julianne Holt-Lunstad von der Brigham University hat auf dem Jahrestreffen erklärt: Einsamkeit hat man bisher massiv unterschätzt und sie ist so schädlich wie Übergewicht und Rauchen. Weltweit warnen US-Forscher schon vor einer Einsamkeitssepidemie, die Gesundheitsprobleme bereiten könnte. Im Jahr 2010 haben sich einer landesweiten Umfrage zufolge 35 Prozent aller US-Amerikaner ab 45 Jahren chronisch einsam gefühlt. Anfang der 2000er waren es nur 20 Prozent. In Deutschland haben die Ältesten am häufigsten Probleme mit Einsamkeit. Ab einem Alter von 86 Jahren klagt jeder Fünfte darüber. Aber auch Menschen in der Lebensmitte (14 Prozent) und jüngere Erwachsene (15 Prozent) fühlen sich häufig einsam. Am wenigsten von Einsamkeit betroffen sind die jüngeren Alten, also die 66- bis 75-Jährigen. Hier sind es nur knapp 10 Prozent.

Quelle: Deutschlandfunk Nova, Oktober 2017



Vereinsamung in der stationären Altenhilfe?

Untersuchungsergebnisse zu Einsamkeit im Alter sprechen eine sehr unterschiedliche Sprache und die Ergebnisse sind eher als Anhäufung empirischer Einzelbefunde zu verstehen denn als zusammenhängendes Befundbild zur Thematik. ... So kann ein Mensch sich einsam fühlen, obwohl er in ein soziales Netz eingebunden ist. Einsamkeit ist daher immer rein subjektives Erleben der eigenen sozialen Situation, also einsam ist, wer sagt, er sei es. Einsamkeit ist für sich genommen kein objektiv messbares Phänomen. Gleichwohl zeigen sämtliche Forschungsergebnisse einen deutlichen Zusammenhang zwischen schlechtem Gesundheitszustand und größerer Einsamkeit. Welchen Einfluss hat die Wohnsituation – allein oder im Heim leben – auf das Gefühl der Einsamkeit? Der Eintritt in die institutionelle Pflege wird recht einhellig mit (zunehmender) Einsamkeit und auch Isolation in Beziehung gesetzt. Heimbewohner sind überwiegend verwitwet, haben deutlich seltener Freunde als alte Menschen, die in einem Privathaushalt leben (34 % vs. 66 %), haben im Durchschnitt nur 4,5 Netzwerkpartner (alte Menschen in Privathaushalten 11,3 Personen), haben also vergleichsweise weniger soziale Beziehungen, haben deutlich weniger informelle Hilfe, berichten über weniger soziales Beisammensein und sind sowohl in ihrer physischen als auch geistigen Funktionstüchtigkeit stärker eingeschränkt als die in Privathaushalten Lebenden. Auch wird als Ursache für ein verstärktes Einsamkeitsempfinden bei Heimbewohnern das Gefühl fehlender personaler Kontrolle angeführt, wodurch Heimbewohner aufgrund geringerer Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten gegenüber den im eigenen Haushalt lebenden Personen dem Risiko der Einsamkeit wesentlich stärker ausgesetzt sind.

Soziologen stellen darüber hinaus einen Zusammenhang her zwischen Singularisierung vor dem Heimeintritt und erhöhtem Risiko, dass Einsamkeit mit dem Eintritt in die institutionelle Pflege entsteht bzw. verstärkt wird. So sind die meisten der in Heime eingewiesenen alten Menschen schon zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme alleinstehend, daher als eine Risikogruppe für soziale Isolation und Einsamkeit zu bezeichnen und darüber hinaus können Tendenzen zur sozialen Isolierung durch die Lebenssituation in den Heimen verstärkt werden. ... Gleichzeitig besteht jedoch auch große Unsicherheit über diese Schlussfolgerung, und der institutionelle Einfluss auf die sozialen Beziehungen im Heim wird zwar häufig vorausgesetzt oder vermutet, aber nicht hinreichend in die Erklärung der Einsamkeit bei Heimbewohnern einbezogen. Auszug aus einer Diplomarbeit von Juliane Hanisch-Berndt (Coaching und Beratung – 01522 47 57 880) am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. <http://www.diplomarbeit-altenhilfe.de/lebenslauf.html>



gesund und damit sozial eingebunden. Gleichzeitig kann Einsamkeit und Hilfsbedürftigkeit im Alter durch eine gute Quartier- und Nachbarschaftsgestaltung entgegengewirkt werden: Lebendige Quartiere und gute Nachbarschaftsverhältnisse fördern gegenseitige Kontakte und Hilfeleistungen (von denen nicht nur alte Menschen, sondern auch junge Familien profitieren können). Wertvoll sind generell auch regelmäßige Hausbesuche bei alleinstehenden alten Menschen, da damit nicht nur festgestellt werden kann, ob alte Menschen vereinsamen, sondern was die Gründe dafür sind (z.B. Misstrauen gegenüber neuen Nachbarn, Streit mit Angehörigen oder einfach keine Lust, allein irgendwo hinzugehen).

Haben Sie in Ihrer jahrzehntelangen Arbeit vorbildliche Initiativen kennengelernt, die der Einsamkeit älterer Menschen entgegenwirken?

Es existieren heute sehr viele gute Initiativen, von „Senioren helfen Senioren“, kirchlichen Besuchsdiensten, Senioren-Cafés bis hin zu intergenerationellen Wohnsiedlungen. Persönlich interessant finde ich vor allem das schon länger bestehende Projekt „Quartiers Solidaires“ in der französischsprachigen Schweiz. Fachlich begleitet, aber von der älteren Bevölkerung maßgeblich mitbestimmt, werden quartiersbezogene Bedürfnisse abgeklärt und soziale Aktivitäten initiiert, die der Einsamkeit im Alter, aber auch sozialwirtschaftlichen Problemen (keine nahe gelegenen Einkaufsmöglichkeiten, Menschen mit wenig Geld) entgegenwirken. So kann gemeinsam organisiertes Einkaufen – mit Transportdiensten für wenig mobile alte Menschen – gemeinsames Kochen und Essen dazu beitragen, dass soziale Beziehungen auch für Menschen mit wenig Geld zugänglich sind (Prinzip: durch gemeinsames Tun weniger Geld benötigen). Die fachliche Begleitung des Projekts durch die Pro Senectute – eine schweizerische Seniorenorganisation – garantiert, dass auch wenig sichtbare Gruppen einsamer alter Menschen einbezogen werden: z.B. pflegende Angehörige, die durch die Pflege so beansprucht werden, dass sie keine Zeit für Außenkontakte aufweisen, ältere Migranten, die wegen sprachlicher Lücken sozial schlecht integriert sind, oder späterblindete alte Menschen, die sich im Quartier nicht mehr ohne Hilfe orientieren können.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland* / Sarmellek / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
 - Flugabhängige Steuern und Gebühren
 - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
 - 7 Übernachtungen im Wellness-Hotel Bonvital (4-Sterne Superior, Landeskategorie) im Doppelzimmer
 - Halbpension
 - Kostenfreie Nutzung des Wellness-Bereiches und des Fitnessraumes
 - 24-Stunden-Notruf-Telefon
 - Deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort
 - Informationen zur Reise
- Flüge wahlweise ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Hamburg (Termine siehe Tabelle)

Zubuchbare Leistungen:

- Haustürabholung und Transfer zum gebuchten Flughafen und zurück: EUR 49,- p.P. bis 69 km Radius (weitere Entfernungen auf Anfrage)
- 1 Verlängerungswoche pro Person im Doppelzimmer: EUR 400,-
- verschiedene Kurpakete möglich (ab 15 Tagen Aufenthalt kleines Kurpaket inklusive)
- Aufpreis für höhere Zimmer-Kategorie (Preis pro Nacht und Zimmer):
 - Deluxe-Zimmer: EUR 25,-
 - Executive-Zimmer: EUR 35,-
 - Junior-Suite: EUR 55,-
 - Deluxe-Suite: EUR 85,-

Zimmerbeispiel Hotel Bonvital



INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: **BAD HÉVÍZ**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 1962-33.

Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!

BAD HÉVÍZ



Gönnen Sie Körper, Geist und Seele eine Verschnaufpause und tanken Sie frische Kraft am größten Thermalsee Europas! Freuen Sie sich auf eine entspannte Zeit im ungarischen Bad Hévíz. Der Ort bietet ein breites Spektrum an Wellness-Möglichkeiten. Ein umfangreiches Kurpaket können Sie direkt mit dazu buchen. Der Spa-Bereich des schönen 4-Sterne-Superior-Hotels, in dem Sie wohnen werden, lädt zu entspannten Stunden ein.

Abflugtermine und Reisepreise pro Person:

Saison	Termine 2018	Grundpreis
A	07.04., 14.04. 07.07., 14.07., 21.07., 28.07. 06.10., 13.10.	EUR 699,-
B	21.04., 28.04. 23.06., 30.06. 04.08., 11.08. 29.09.	EUR 799,-
C	05.05., 12.05., 19.05., 26.05. 02.06., 09.06., 16.06. 18.08., 25.08. 01.09., 08.09., 15.09., 22.09.	EUR 899,-

Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche: EUR 140,-
(ab 22 Tagen Reisedauer entfällt der Einzelzimmer-Zuschlag!)

Mögliche Flughäfen / Abflugtermine 2018: (Letzte Rückflugmöglichkeit am 20.10.2018)

Berlin-Tegel*	B 29.09. C 15.09.
Düsseldorf*	A 14.04. 06.10., 13.10. B 28.04. 29.09. C 12.05., 26.05. 09.06. 18.08., 25.08. 01.09., 08.09., 15.09., 22.09.
Frankfurt / Main	A 07.04., 14.04. 07.07., 14.07., 21.07., 28.07. 06.10., 13.10. B 21.04., 28.04. 23.06., 30.06. 04.08., 11.08. 29.09. C 05.05., 12.05., 19.05., 26.05. 02.06., 09.06., 16.06. 18.08., 25.08. 01.09., 08.09., 15.09., 22.09.
Hamburg*	A 06.10. C 25.08., 08.09., 22.09.

Die in blau gekennzeichneten Termine sind nur für 15 bzw. 29 Tage buchbar.

1 Woche
schon ab Euro
699,-

* Flugzuschlag EUR 100,- p.P.
Wir buchen für Sie den nächstgelegenen Flughafen zu Ihrem Heimatort.

Bitte beachten Sie die unterschiedlichen Bedingungen für den gewünschten Aufenthaltstermin und Abflugort!

☒ Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur BAD HÉVÍZ-Reise.

Name, Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	Telefon mit Vorwahl
PLZ, Ort	E-Mail

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Gebührenfreie Service-Nummer für weitere Informationen: **0800 - 8 37 72 68**

Landesdelegiertentag Thüringen:

ROLF BEREND ALS LANDESCHEF
wiedergewählt



Auf dem 15. Landesdelegiertentag der Senioren-Union der CDU Thüringen im Augustinerkloster in Erfurt wurde der langjährige Thüringer Europaabgeordnete Rolf Berend mit 100% der abgegebenen Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Berend, auch Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union Deutschlands, führt seit 2009 den Thüringer Landesverband. Dieser ist mit weitem Abstand der mitgliederstärkste der neuen Bundesländer und mit einem Durchschnittsalter von 73,5 Jahren deutschlandweit sogar der jüngste. In seiner Rede vor den Delegierten und im Beisein von Gästen aus der Landes- und Bundespolitik sowie befreundeten Landes-

verbänden der Senioren-Union aus den Nachbarbundesländern machte Berend auf die Unverzichtbarkeit der älteren Generation nicht nur bei Wahlen, sondern auch in Wirtschaft und Gesellschaft aufmerksam. Die Stärke der Senioren sei ihre Erfahrung und ihre Weisheit, die es zu nutzen gelte. „Ein Narr, wer meint, dieses Potenzial missachten zu können. Wir brauchen heute bei der Bewältigung der in unserem Land anstehenden Probleme mehr denn je Alt und Jung, das Miteinander der Generationen. Es stimmt, wer die Jugend hat, hat die Zukunft, aber wer die Älteren hat, der hat die Mehrheit, und das ist in einer Demokratie entscheidend“, so Berend unter dem Beifall der Delegierten. CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Mike Moring fand in seiner Rede lobende Worte für den aktiven Landesverband, und Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther betonte: „Diese Thüringer Senioren-Union ist nicht nur der Leuchtturm in den neuen Bundesländern, sondern sie hat mit Rolf Berend eine gewichtige, unüberhörbare Stimme sowohl in Berlin im Bundesvorstand als auch in Brüssel, dort als einer unserer beiden deutschen Vertreter im Exekutivkomitee der Europäischen Senioren-Union.“

PROMINENTE
NEUZUGÄNGE

Ziele und Angebote der Senioren-Union überzeugen immer mehr Menschen. So gab es in den vergangenen Wochen auch prominenten Neuzuwachs unter den Mitgliedern. Sabine Bergmann-Pohl, von April bis Oktober 1990 Präsidentin der frei gewählten Volkskammer und damit das letzte Staatsoberhaupt der DDR, ist der Senioren-Union beigetreten. Nach der Wiedervereinigung bekleidete sie u.a. die Ämter einer Bundesministerin für besondere Aufgaben und das einer Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium. Die studierte Medizinerin war zudem von 2003 bis 2012 Präsidentin des Berliner Roten Kreuzes. Seinen Beitritt zur Senioren-Union erklärte ebenfalls Wolfgang von Geldern, der lange Jahre als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wirkte. Seit 1992 ist von Geldern Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und führt derzeit auch als Vorstandsvorsitzender den Wirtschaftsverband Windkraftwerke e.V.

SU IM BUNDESTAG

In der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist die ältere Generation gut vertreten. Allein 36 der 200 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehören zur Gruppe der über 60-Jährigen. Die Senioren-Union ist dabei durch elf Mitglieder, u.a. mit einem Ausschussvorsitzenden (Erwin Rüdell, Gesundheit) und zwei Arbeitsgruppenvorsitzenden (Marie-Luise Dött, Umwelt, Naturschutz, Bau und Eberhard Gienger, Sport und Ehrenamt), vertreten. Die Senioren-Union freut sich, dass ihre Mitglieder so erneut zu wichtigen Funktionsträgern in der Partei avancieren und gratuliert.



Zwei mit sportlicher Vergangenheit: MdB Eberhard Ginger, ehemaliger Bronze-medallengewinner im Kunstturnen und Arbeitsgruppenvorsitzender Sport und Ehrenamt im Bundestag, und SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff, vielfacher Träger des Goldenen Sportabzeichens.

SU MIT HOCHKARÄTIGER
PODIUMSDISKUSSION



Vom 28. bis 30. Mai 2018 findet der 12. Deutsche Seniorentag in den Westfalenhallen in Dortmund statt. Alle Veranstaltungen sind auf der Homepage www.deutscher-seniorentag.de eingestellt. Auch die Senioren-Union ist wieder mit Stand und einer von ihr organisierten Veranstaltung vertreten. Diese Veranstaltung mit dem Titel „Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft“ findet am 29.05.2018 von 11.30 - 13.00 Uhr im „Silbersaal“ statt. Moderiert von Jan Peter Luther, dem Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union, diskutieren

- Karl-Josef Laumann – Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW),
- Dr. Fred Holger Ludwig – Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Rheinland-Pfalz,
- Nikolai Burkart – Gesundheitsunternehmer, Geschäftsführer Deutsches Zentrum für Geriatrie Berlin GmbH, und
- Prof. Dr. Ursula Lehr – stellv. BAGSO-Vorsitzende, Bundesministerin a. D.,

über Perspektiven des „Alters“ im Rahmen des demografischen Wandels unter Berücksichtigung aller gesellschaftlich relevanten Faktoren wie Gesundheit, Pflege, Wohnen, Digitalisierung oder auch Bildung mit weiteren Expertinnen und Experten zum Thema.

INITIATIVEN

Zum Beitrag „Barrierefreiheit von Bankautomaten“ (Souverän 4-2017, S. 39) erreichte uns ein Leserbrief von Ekkehard Schmidt-Riediger aus Neu-Wulmstorf. Er knüpft an die Initiative von Raymond Haller aus Karlsruhe an und schreibt: „Ich möchte auf einen weiteren Umstand hinweisen, der älteren Menschen Probleme bereitet. So sind die notwendigen Bankdaten zum Begleichen von Rechnungen meist nur halb so groß wie der Rechnungsbetrag auf die Rechnungsformulare gedruckt. Hier sollte eine Mindestgröße vorgeschrieben werden bei gleichzeitiger Verdeutlichung der 4er-Blocks der IBAN-Nummern. Das würde der älteren Generation bei nachlassender Sehkraft sehr helfen.“ Kommentar der Redaktion: Recht hat er, der Herr Schmidt-Riediger.

Johannes-Albers-Bildungsforum gGmbH / Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 – 73 119 (Regina Ochs)



„Politische Bildung bringt auf Augenhöhe!“ –Aktuelles aus unseren Bildungsprogrammen 2018

Ökosystem Meer - Weltmeere in Gefahr 21.-23.03.2018 Tagungsbeitrag: 6.101	Nordkorea - Eine Gefahr für den Weltfrieden? 11.-13.04.2018 Tagungsbeitrag: 6.930
Fußball-Bundesliga - eine nicht enden wollende Erfolgsgeschichte 23.-25.03.2018 Tagungsbeitrag: 6.927.	Blended Learning für den öffentlichen Dienst 20.04.2018 Tagungsbeitrag: 6.502
Staat am Nil - „Kampf“ um Wasser 06./07.04.2018 Tagungsbeitrag: 6.650	Die Teilnahme ist kostenlos.
Unser Nachbar im Westen Europapolitisches Seminar 09.-13.04.2018 Tagungsbeitrag: 6.102	Arbeitnehmerkolleg: Großkonzerne in Deutschland - Konzentrierte Macht 23.-27.04.2018 Tagungsbeitrag: 6.503
	Seniorenkolleg: Muslime - fremde, unbekannte Nachbarn 03./04.05.2018 Tagungsbeitrag: 6.933
	Arbeitnehmerkolleg: Steuern - Gerecht und fair für alle? 04.-06.05.2018 Tagungsbeitrag: 6.504
	Demokratische Anfänge: Weimar 1919 und Bonn 1945 - Zeitgeschichtliches Seminar 07.-09.05.2018 Tagungsbeitrag: 6.104

Im Tagungsbeitrag sind enthalten:
Übernachtung im Doppelzimmer, Vollverpflegung, evtl. Exkursionen, Lehrmaterialien. Der EZ-Zuschlag beträgt 16,00 Euro pro Nacht. ALG-II-Empfänger, Azubis und Studenten (bis 30 Jahre) erhalten bei allen Seminaren einen Rabatt von 50 % auf die Tagungsgebühr

Obwohl sie nicht
hundert Jahre alt
werden, bereiten sich
die Menschen Sorgen
für tausend Jahre.
Chinesisches Sprichwort

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich, gegenüber im Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

EUROPA auf dem Sockel

Der EUROPA als Namensgeberin und „Mutter“ unseres Kontinents ist in Bassenheim, unweit Koblenz (DE), nahe zu kommen: Hier erhebt sich seit 2012 ein begehbares Denkmal mit Zeus als Stier und der EUROPA als Reiterin. Es wird damit an den 8. Oktober 1948 erinnert, jenen Tag, an dem sich der französische Außenminister Robert Schuman und der spätere deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer hier erstmals begegneten. Das Treffen wird als Beginn der Aussöhnung der einstigen „Erzfeinde“ Frankreich und Deutschland gewertet. Für die nächsten Monate wird erwartet, dass sich beide Länder auf der Basis der Reformvorschläge Emmanuel Macrons für die EU vom September vorigen Jahres auf weitere gemeinsame Initiativen verständigen werden. Immerhin haben CDU und SPD der Entwicklung der Europäischen Union in ihrem Koalitionsentwurf Vorrang eingeräumt.



Foto: lothar Spurzem (Quelle: Wikipedia)

Detail der Schuman-Adenauer-Gedenkstätte in Bassenheim, auf dessen Burg nach dem 2. Weltkrieg ein französischer Gouverneur residierte. Schöpfer der Anlage, zu der auch Büsten der beiden Politiker gehören, war Harald Stieding.

Wenn man der griechischen Mythologie folgen will, hat der auf Kreta geborene Göttervater Zeus – seiner Frau Hera untreu geworden und in Gestalt eines Stieres – die phönizische Königstochter EUROPA aus Kleinasien nach Kreta entführt. So ist auch im Hafen von Agios Nikolaos diesem „Vorkommnis“ ein Denkmal gewidmet, das dem von Bassenheim ähnlich ist und von Jahr zu Jahr mehr Touristen anlockt. Im Übrigen setzen die Kreter ihre ganze Hoff-

nung auf Europa: Griechenland sei auf einem guten Weg, sagen sie. Sobald es wieder auf eigenen Füßen stehe, werde sich auch das Los der älteren Bevölkerung, deren Bezüge stark gekürzt wurden, wieder verbessern und die Abwanderung junger Leute zurückgehen. Große Hoffng machen sie sich überdies von wachsenden Besucherzahlen in ihrem Land; allein die Insel Kreta erwartet 2018 weit über eine Million Touristen. Der Reise-Service Deutschland (RSD) tat gut daran, die Saison auf fast das ganze Jahr auszudehnen. Viele ältere Interessierte, denen der heiße Sommer zuwider ist, machen davon Gebrauch, und auf Kreta werden Jobs gesichert.

ESU-Präsidentin: Engagement für „Europäisches Projekt“

In ihrer Botschaft zum Jahresbeginn dankte Prof. Dr. An Hermans allen, die sich als Angehörige einer ESU-Mitgliedsorganisation wie der Senioren-Union der CDU und der CSU für „das europäische Projekt“ engagieren. Es sei auf Frieden, Sicherheit und Wohlstand ausgerichtet, betonte die ESU-Präsidentin. Sie setze große Hoffnung auf die EU-Kommission, die sich 2018 vorrangig der Wirtschafts- und Währungsunion, der Sicherung der EU-Außengrenzen, der Verbesserung des Asylsystems und des „Schengen“-Abkommens, aber auch dem digitalen Binnenmarkt widmen werde. Die Bürgerinnen und Bürger brauchten „einen...Ort, in dem man sich geschützt und gesichert fühlt“. Nur dann könne das Vertrauen zurückkehren und die Europawahl im Jahr 2019 ein „Tor für neue Möglichkeiten“ werden, fügte An Hermans hinzu.

Kommt sie, oder kommt sie nicht?

Das Europäische Parlament hat sich mehrheitlich für die Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung ausgesprochen. Es folgte damit Abgeordneten wie Heinz K. Becker, ESU-Vizepräsident und Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB), der sich seit Jahren – Souverän berichtete – für den Verzicht auf diesen „Unsinn“ einsetzt. Nun soll die Kommission unter den betroffenen Ländern eine einheitliche Linie erwirken.

Erfolge und Niederlage

Der vom finnischen Seniorenverband Kansallinen Senioriliitto ry unterstützte Kandidat für das Präsidentenamt, Sauli Niinistö, hat die Wahl mit großer Mehrheit gewonnen und konnte seine zweite Amtszeit antreten. Auch von Zyperns Seniorenverband kam gute Nachricht: Antonios Demetriades, der auch ESU-Vizepräsident ist, schrieb: „Zu unserer Freude wurde Nicos Anastasiades Anfang Februar für weitere fünf Jahre in das höchste Staatsamt gewählt.“ Im Oktober hatte er den Teilnehmern der ESU-Regionalkonferenz in Nikosia für ihr gesellschaftliches Engagement gedankt und sie zu weiterem Tun ermutigt. Für die tschechischen christdemokratischen Senioren (KSK) unter Vorsitz von Lidmila Nemcova, die zugleich eine der Vizepräsidentinnen der ESU ist, war allerdings der Ausgang der Wahlen zum Staatspräsidenten enttäuschend: Der parteilose Jiri Drahoš konnte in der Stichwahl den bisherigen euroskeptischen Präsidenten Miloš Zeman nicht verhindern.

Perspektiven für den Westbalkan

Bulgarien, das bis Juni den EU-Ratsvorsitz hat, verfolgt die weitere Annäherung der sechs Westbalkanstaaten an die EU als eines seiner vordringlichsten Ziele. Es wird dabei von der EU-Kommission unterstützt. Mc. Allister, der als Nachfolger seines deutschen Landsmanns Elmar Brok den Auswärtigen Ausschuss im Europaparlament leitet, macht ihren EU-Beitritt jedoch von erfolgreichen Reformanstrengungen und der Behebung von Streitigkeiten mit Nachbarländern abhängig. Dr. Angela Merkel sagte im Januar im Gespräch mit dem bulgarischen Premier Borissov: „Ein friedliches Europa ist auf gutes Zusammenleben der westlichen Balkanstaaten angewiesen.“ Es geht um Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Der Europäischen Senioren-Union gehören seit Jahren Seniorenorganisationen in Slowenien (drei) und Kroatien an; seit kurzem ist der Verband der in Serbien (Vojvodina) lebenden ungarischstämmigen Senioren ESU-Mitglied.

Ulrich Winz

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Gemeinsam für eine gute Zukunft

Zur Souverän 4-2017, S. 4/5

Es gibt so viel tatkräftig anzupacken. Insofern hätte ich mir die Jamaika-Koalition gut vorstellen können. Wenn jetzt eine Große Koalition mit der SPD angegangen wird, halte ich das für einen Fehler. Die derzeitige Koalition mit der SPD hat in ihren vier Jahren durchaus einiges auf den Weg gebracht. Aber es war zu geschäftsmäßig und emotionslos. Und den Bürger bewegen andere Dinge. Einige Stichworte hierzu:

- Rente für die nachfolgenden Generationen. Es fehlt ein glaubwürdiges und nachhaltiges Konzept.
- Es gibt zu große Einkommensunterschiede bei gleichem Bildungsabschluss bzw. vergleichbarem Berufsabschluss.
- Rechtsstaat hin und her, Abkommen mit maroden Staaten über die Rückführung von Flüchtlingen. Es dauert alles viel zu lange.
- Zeitarbeit, Mindestlohn u.Ä. Die Arbeitgeber und angeblich auch Arbeitnehmer wollen mehr bewegliche Arbeitszeit. Über die arbeitspsychologischen Folgen will ich gar nicht reden. Es muss nicht nur die Zeitarbeit dringend sozialverträglicher gemacht werden, aber die Arbeitgeber müssen auch den Arbeitnehmern entgegenkommen, wenn sie an der Arbeitszeit drehen wollen. Noch kürzere Arbeitszeiten in der Metallbranche sind da nicht hilfreich.
- Kredite an Griechenland und andere. Der Bürger streitet mit seiner Bank über den Dispositionskredit, den er als Rentner nicht mehr bekommt. Auf die nur wenige Tage zu spät erfolgte Überweisung einer Steuerschuld erhebt das Finanzamt fünf Prozent Zuschlag. Das alles versteht der Bürger nicht, auch weil es ihm, wie sooft, als nicht akzeptierbar erklärt wurde. Da Milliarden für andere Länder und hier Kleinstreit wegen vergleichsweise mickriger Geldbeträge.
- Elektroauto: Wer glaubt eigentlich an dieses Konzept, von der Frage des Rohstoffs ganz abgesehen. Ein Elektrofahrzeug von etwa 100.000,- € muss circa 20 Jahre fahren, bis es CO₂-neutral fährt. Was soll das? Dazu die Stromlogistik für den Elektroverkehr. Ich denke,

das muss mehrgleisig angegangen werden. E-Busse, E-Straßenbahn in den größeren Städten: Für das Land und den individuellen Überlandverkehr muss eine andere Technik als Elektromobilität eingeführt werden.

Die Bürger waren großenteils mit der Politik der vergangenen Jahre zufrieden. Aber mit Merkels Wahlthema „Es ist doch alles gut“ haben sie die Sorgen der Menschen nicht angesprochen. Im Übrigen die SPD auch nicht mit ihrem sozialen Gejammer. Kurzum: Wenn es wieder zu einer GroKo kommt, rutscht die CDU/CSU bei der nächsten Wahl weiter hinunter und die SPD geht endgültig merklich unter die 20 Prozent.

Rüdiger M. Pauli, 89537 Giengen/Brenz

Gratulation! Endlich ein Heft, in dem es zum Blättern und gern zu lesen gibt. Geradezu moderne Aufmachung. Bitte so weiter.

Dr. Klaus Ebmeyer, 53359 Rheinbach

Weitgehend alleingelassen?

Zur Souverän 4-2017, S. 14/15

Mit großem Interesse habe ich diesen Artikel zunächst gelesen, dann studiert. Zwischen den Zeilen lässt er doch die ganze Wucht der Überheblichkeit und Besserwisseri erkennen, mit der der „gelobte Westen“ nach der Wiedervereinigung über die DDR am Ende hergefallen ist. Über Bürger, die 40 Jahre unter einer Diktatur gelitten hatten und aus deren Sicht dieses lange erwartete Ereignis nun das „Heil“ bringen würde. Die ersehnte Anerkennung und Freiheit haben sie häufig nicht gefunden, das Fingerspitzengefühl der westlichen Wirtschaft haben sie oft vermisst – und es fehlt auch heute noch (siehe Siemens), und die Medien stellen immer wieder unsinnige Vergleiche an zwischen Ost und West. Da braucht man sich doch über verlorengegangenes Vertrauen und das Wahlergebnis vom November nicht zu wundern.

Hans-Joachim Kreichelt, 65232 Taunusstein

Als Westfale, der seit 1991 als Landwirt in Thüringen (Kyffhäuserkreis) tätig ist, möchte ich die Aussagen und Gedanken des Herrn Dr. Rainer Jork voll unterstützen. Ich habe in den vergangenen 27 Jahren erlebt, welche enormen Veränderungen die Mitteldeutschen hinnehmen mussten und welches Unverständnis die westdeutschen Leitmedien und Meinungsmacher mit ihrer von ihnen reklamierten „politischen Korrektheit“ ihnen entgegengebracht haben. Die Deutungsheute der sogenannten Intellektuellen, gepaart mit der insbesondere von den Grünen befeuerten Multi-Kulti-Gesellschaft, werden inzwischen von vielen mündigen Bürgern nicht mehr hingenommen. Wer diese Mitmenschen

als nationalsozialistisch beschimpft, handelt äußerst unklug und überheblich. Ich erwarte von meiner Partei (bin seit 44 Jahren CDU-Mitglied), dass sie endlich die Ängste und Erwartungen vieler Mitglieder und Wähler aufgreift, damit sich Wahlergebnisse wie in Sachsen oder Baden-Württemberg nicht wiederholen.

Hubertus Fehring, 33034 Brakel Wildhäuserhof

Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben

Zur Souverän 3-2017, S. 6

Mit großem Interesse habe ich diesen Artikel gelesen und mich gefragt, von welchem Land hier eigentlich die Rede ist? Wenn die Politiker mit aller Kraft gearbeitet haben, entsteht z.B. gleich die Frage, warum die vielen Verteidigungsminister der derzeitigen Amtsinhaberin eine so desolante Bundeswehr mit viel Schrott in den Arsenalen übergeben haben? Wir leben in einem sicheren Land? Das stimmt schon, wenn man Deutschland mit einer Bananenrepublik in Südamerika vergleicht. Hier aber steigen z.B. die Wohnungseinbrüche (bei Tageslicht!) rasant an, während die Aufklärungsquote ständig sinkt. Wozu brauchen wir denn 15.000 neue Polizisten, wenn hier doch alles so sicher ist? Angenommen, es finden sich tatsächlich genügend Bewerber, so müssen diese erst ausgebildet werden und stehen frühestens in ca. drei Jahren zur Verfügung. Wer will allerdings schon Polizist werden, wenn immer wieder zu lesen ist, dass die Polizei in der Politik keinerlei Unterstützung findet? ... Überall muss bei der Öffentlichen Hand gespart werden; nicht aber an unsinnigen Projekten wie Berliner Flughafen, Hafen in Halle/Saal usw. Die eigentlich Verantwortlichen haben sich rechtzeitig in den Ruhestand abgesetzt und beziehen ihre hohen Pensionen. ... Im Saarland kostet ein Kita-Platz mehr als 200 Euro, in anderen Bundesländern kostet er nichts! Auch für Senioren gibt es große Unterschiede ... Hier in Mettlach (Saarland) z.B. gibt es für Senioren nichts, außer einem jährlichen Essen für alle über 70. Man hat kein Geld. Als 2015 die Flüchtlingswelle kam, mietete man ein leerstehendes Hotel für 5.000,- Euro/Monat für fünf Jahre. ... „Der Islam gehört zu Deutschland“ sagten die Politiker. Das kann man überall sehen. Wie Pilze schießen die Moscheen aus der Erde. ... Das Schächten von Tieren ist erlaubt, ebenso die Beschneidung von Jungen, die Kreuze in Amtsstuben hingegen werden abgehängt usw. Da ich schon 85 bin, werde ich wohl die Islamisierung Deutschlands/Europas nicht mehr erleben. Wie hieß es doch in der Überschrift? „Wir leben gut und gerne in Deutschland.“

Fred Bannwarth, 66693 Mettlach-Orscholz

Entlang des Rheins und der Mosel Zauberhafte A-ROSA Kreuzfahrten

aROSA
Schöne Zeit



6-tägige Reise
ab **799,-**
Preis in € p. P./2er Außenkabine

- ✓ Premium alles inklusive an Bord
- ✓ Mit Terminen zur begehrten Reisezeit im Sommer
- ✓ 2 beliebte Routen zur Auswahl
- ✓ Lange Liegezeiten für intensive Stadterkundungen

✓ **Exklusiv für Sie:**
An- & Abreise mit der Bahn inklusive!



Kommen Sie an Bord der exklusiven A-ROSA Kreuzfahrtschiffe und wählen Sie zwischen 2 abwechslungsreichen Routen: Das Moseltal besticht durch wunderschöne Natur, entzückende Landschaften und malerische Ortschaften. Oder Sie lassen sich von den Metropolen entlang des Rheins wie Antwerpen und Amsterdam beeindrucken.

An Bord der A-ROSA Kreuzfahrtschiffe fühlen Sie sich wie zu Hause – in den großzügigen Kabinen, auf dem Sonnendeck oder beim Relaxen im Wellnessbereich SPA-ROSA mit Panoramassanarium, Außenpool oder -whirlpool, Ruhebereich sowie zahlreichen Massagen und Beautyanwendungen ist nichts leichter als das. Alle Kabinen (ca. 14,5 qm) sind komfortabel ausgestattet mit Dusche/WC, Klimaanlage, Fenster, TV, Radio, Safe und Fön. Die **Außenkabinen** Kat. S auf Deck 1 verfügen über 2 untere Einzelbetten und ein oberes Zusatzbett. Die

Außenkabinen Kat. A auf Deck 1 verfügen über ein Doppelbett. Die Außenkabinen Kat. C & D auf Deck 2 und 3 bieten zusätzlich einen französischen Balkon. Auf Ihrer Kreuzfahrt genießen Sie **Premium alles inklusive**. Dieses Rundum-Sorglos-Paket beinhaltet abwechslungsreiche Frühstücks-, Mittags- und Dinnerbuffets, zusätzlich Einschiffungssnack sowie Tee und Kaffeestunde. Hochwertige Getränke mit Ausnahme von Champagner, Flaschenweinen und exklusiven Raritäten sind für Sie ganztags inklusive.

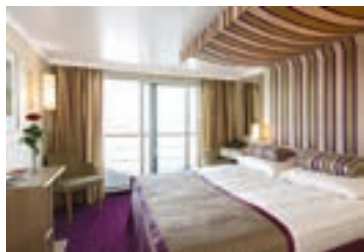
Ihr Reiseverlauf: Moselerlebnis, Reisennummer XI151AA

Tag	Hafen	Ankunft	Abfahrt
1. Tag	Köln – Individuelle Anreise und Einschiffung.	–	16:30
2. Tag	Cochern	09:00	14:00
3. Tag	Bernkastel-Kues	01:00	23:00
4. Tag	Trier Mehring	06:00	18:30
5. Tag	Koblenz	15:00	22:00
6. Tag	Köln – Ausschiffung und individuelle Abreise.	06:00	–

Ihr Reiseverlauf: Rhein Metropolen, Reisennummer: XI128CA

Tag	Hafen	Ankunft	Abfahrt
1. Tag	Köln – Individuelle Anreise und Einschiffung.	–	16:00
2. Tag	Antwerpen	14:30	–
3. Tag	Antwerpen	–	16:00
4. Tag	Amsterdam	08:30	23:00
5. Tag	Düsseldorf	15:30	23:30
6. Tag	Köln – Ausschiffung und individuelle Abreise.	06:00	–

Routenänderungen vorbehalten



Inklusivleistungen pro Person:

- ✓ Kreuzfahrt gemäß Reiseverlauf
- ✓ Transfer Bahnhof-Schiff-Bahnhof
- ✓ 5x Übernachtung in der gebuchten Kabinenkategorie
- ✓ Hafengebühren und Serviceentgelte
- ✓ **Premium alles inklusive an Bord wie beschrieben**
- ✓ 15 % Ermäßigung auf Anwendungen im SPA-ROSA
- ✓ Abschiedsgruß
- ✓ WLAN an Bord
- ✓ Nutzung der meisten Bordeinrichtungen (Sauna, Fitness etc.)
- ✓ Teilnahme an den Bordveranstaltungen
- ✓ Deutschsprachiger Gästeservice an Bord
- ✓ **Exklusiv für Sie: Bahnfahrt nach/von Köln 2. Klasse inkl. ICE-Nutzung ab/an allen deutschen DB-Bahnhöfen**



Einzelkabine und Kinderermäßigung auf Anfrage.

Nicht im Reisepreis enthalten: Ausflüge (buchbar an Bord), Trinkgelder an Bord (optional).

Termine & Preise 2018 pro Person/2er Kabine in €

Reisetermine/ Kabinenkategorie	Deck	Moselerlebnis (XI151AA)		Rhein Metropolen (XI128CA)
		06.11.	27.08.	02.06. ¹ , 30.06.
Außen mit Zusatzbett (S)	1	799,-	1.049,-	1.049,-
Außen (A)	1	929,-	1.199,-	1.199,-
Außen mit frz. Balkon (C)	2	1.049,-	1.349,-	1.349,-
Außen mit frz. Balkon (D)	3	1.199,-	1.449,-	1.449,-

Kabinenbezeichnung der Reederei. ¹Kat. D nicht verfügbar. Es gelten die A-ROSA Premium alles inklusive-Konditionen (limitiertes Kontingent).

Beratung & Buchung:

0221-222 89 500

Täglich 8 – 22 Uhr

Kennziffer 20.871

Bitte bei Buchung angeben

**www.tourvital.de/
union**

TOURVITAL
Reisen für die schönste Zeit des Lebens.

Änderungen vorbehalten, maßgeblich sind die Reisebestätigung und die AGB (Einsicht möglich: www.tourvital.de; auf Wunsch Zusendung der AGB vor Buchungsabschluss). Nach Erhalt der Reisebestätigung und des Reisepreissicherungscheines wird eine Anzahlung von 20% auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, danach erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. Reiseveranstalter: TOUR VITAL Touristik GmbH · Kaltenbornweg 6 · D50679 Köln